

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Samstag. — Preis: 10 Pfennig monatlich zahlend. — Bestellungen nehmen alle politischen Vereine, Buchhändler und Verleger. — Druck: Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Einrück- und Anzeigen-Preise: siehe unten. — Redaktion: Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Druck: Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen.

Einzelnen Preis: Für die Jahrgänge 1921/22: 10 Pfennig. — Anzeigen im Voraus: 1 Mark. — Anzeigen-Preise: siehe unten. — Bestellungen nehmen alle politischen Vereine, Buchhändler und Verleger. — Druck: Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Einrück- und Anzeigen-Preise: siehe unten. — Redaktion: Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Druck: Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen.

Nummer 42

(Halle S.), 16. Oktober 1926

2. Jahrgang

Wirtschaftsverflechtung.

Zickzackkurs und klare Linien — Das Gleichgewicht — Rußland und die Entente — Der alte Poincaré — Artikel 10 — Der Eisenpakt — Die Ausprägung in Romien — Zollpolitik und Schuldenregulierung — Der Kampf um die Macht in Moskau — Die Haltung des Weissen Hauses — Um die Eisenbahns — Großzügige Lösung — Die Zwischenfälle im besetzten Gebiet — Generalrevision der Rheinlands-Ordonnanzen — Große Koalitionen in Preußen? — Moralische Eroberungen der Republik — Die preußischen Richter — Der Rücktritt Seckts.

Die Politik eines zerbrochenen Staatswesens wird von anderen Gesetzen bestimmt, als die einer aufstrebenden Macht. An und für sich ist eine klare Linie vorzuziehen als jener Zickzackkurs, der das Kennzeichen der wilhelminischen und Weimarer Ära gewesen ist. Der Versuch, Gegner auseinander zu halten, ohne sich allzu eng an den einen oder anderen zu binden, ist selten geglückt. Die Katastrophe von 1918 ist nicht zuletzt die Folge jener Taktik, die zwischen Rußland und England nicht wägen wollte und schließlich sich eines Tages beiden gegenüber schloß, obwohl das in der Berliner Weltfriedenskonferenz vom Minister bis zum letzten Legationsrat heimlich für ausgeschlossen erklärt worden war. Auch Bismarck ist auf die Dauer solchen Klärungen nicht ausgewichen. Er hat das Bündnis mit Österreich geschlossen, das dann durch Italien zum Dreieck ergänzt wurde, allerdings, begleitet von dem Rückversicherungsvertrage mit Rußland. Man überhäuft ihn heute, weil der große Komplex im Sachverhalte die Klärung für einen Nachhaken erklärt hat. Nur hatte Capriotti vielleicht doch recht, als er sich selbst für nicht befähigt genug hielt, um „Das Spiel mit den fünf Ängeln“ fortzusetzen.

Ganz anders ist die Lage, wenn man waffenlos ist, und nur das eine Interesse hegen darf, seinen Wiederaufbau ungehindert vorzunehmen. Heute wäre eine Entscheidung geradezu verhängnisvoll, denn es würde uns vorwiegend für bad zum Schicksal machen, oder in ein Balkenverhältnis zu irgendeiner, bis in die Jahre gestärkten Großmacht bringen. Deutschland kann nicht optieren. Das war schon der Grundgedanke, als man die Loslösung durch den Handels- und Freundschaftsvertrag mit Rußland ergänzte. Es gilt genau so von unserer Verhältnisung mit Frankreich, die noch im Werden begriffen und nicht gegen Frankreich geschloß ist. Schon das alleine würde verurteilen, einen zu hohen Einsatz auf eine Karte zu wagen. Wir haben gelegentliche Verheerungen Poincarés, so erst in den letzten Tagen im Straßburger, die bedeutlich stimmen müßten. Also traglich werden wir sie nicht nehmen, denn bisher hat sich gezeigt, daß die Entwidlung stärker ist als wir und daß er sie am meisten dann förderte, wenn er sie, wie beim Ruhrstreik, endgültig zu zerstoßen wüßte. Auch seine Verheerung, Frankreich werde vor den Friedensverträge festgelegten Terminen die Räumung der beiden Rheinlandzonen nicht vornehmen, kann, wenn sie wirklich so gefallen ist, wie Journal sie wiederholt, lediglich die deutsche Bereitwilligkeit zu Entgegenkommen vermindern, aber nicht die Räumung auf die Dauer aufhalten, da sie uns im Artikel 10 der Völkerbundsakte ausdrücklich zugesichert ist. Es kann sich nur darum handeln, ob man in Paris mit einer großen Geste den Bestätigungsstellen unterstellt, oder es auf einen diplomatischen Kampf vor dem Forum des Völkerbundes antworten läßt.

Die Entwidlung selbst wird dadurch nicht abgebrochen. Die Politik ist meist die Führerin, muß aber doch von Zeit zu Zeit der Wirtschaft die Führung abtreten. Namentlich in Zeiten der Krisen auf finanziellem und kommerziellem Gebiet. Wenn die deutschen und französischen Schwerindustriellen mit den belgischen und luxemburgischen den Eisenpakt schließen, so bedeutet das auch eine starke Unterbrechung jener Vereinbarungen, die in letzter Zeit getroffen worden sind. Der Generaldirektor Wägner hat ganz recht, wenn er erklärt, die Voraussetzung für den Abschluß des Paktes sei gewesen, daß er politische Folgen habe. Wie weit die Industrie in Frankreich ihren Blick auf politisch zur Geltung bringen kann, läßt sich nicht abschätzen, aber zweifellos wird sie eine starke Triebkraft für den Abschluß der deutsch-französischen politischen Verhandlungen. Eine Gefahr bestand allerdings: Die einer kontinentalen Wirtschaftspolitik mit deutscher Spitze gegen England. Was wir oben von der Politik gesagt haben, gilt auch von wirtschaftlichen Vereinbarungen. Deutschland ist gezwungen, auch hierin zu launieren. Nach wirtschaftlich kann es zu einem Schicksal werden. Das war es von ausschlaggebender Bedeutung, daß gewisse Anweisungen, die Dr. Stresemann nach Mittelungen des Oberen schon in Locarno Chamberlain gegenüber gegeben hatte, in der Zwischenzeit weiter verfolgt wurden. Gerade weil London den Beitritt zum Eisenpakt ablehnte, wurde der Versuch gemacht, irgendeine industrielle Verbindung über den Kanal hinwegzuspinnen. Die Zusammenkunft in Romien hat sicherlich mit keinem Ergebnis ge-

endet, wenn man nicht die Tatsache dieser Zusammenkunft schon als ein Ergebnis bezeichnen will.

Ueber die Einzelheiten sind wir nicht unterrichtet, wir können nur aus den Andeutungen einiger Blätter, namentlich des Journal Industrielle gewisse Schlusfolgerungen ziehen. Danach handelt es sich nicht nur um beabsichtigte Vereinbarungen auf rein industriellem Gebiet, wie Stahl, Eisen, Kohle, Textilien, Chemikalien, sondern auch um die allgemeine Zollpolitik und die großen Finanzfragen, die mit der Schuldenentlastung und dem Damespahn zusammenhängen. Wenn das richtig ist und wir haben keine Ursache daran zu zweifeln, so erstrebt man einen Pakt, wenn auch vielleicht nicht formal, der eine europäische Interessengemeinschaft bedeuten würde. Namentlich zwei Völker gegenüber, Rußland und den Vereinigten Staaten. Auch die russischen Beziehungen haben in Romien eine Rolle gespielt, doch scheint uns diese Frage noch nicht aktuell zu sein. Solange das Handelsmonopol besteht, ist eine wirkliche Annäherung der russischen Bodenschätze nicht möglich. Wahrscheinlich befindet sich das Monopol bereits im Zustand der Verfallung, und es kann entscheidend werden, wie auf der großen Parteitagung der russischen Bolschewisten der Kampf zwischen Stalin und der Opposition verlaufener Richtung, so wohl auch, wie Sinowjew, endet. Vorläufig scheidet Rußland für den europäischen Handel im wesentlichen aus.

Anders liegen die Dinge mit Amerika. Die Haltung des Weissen Hauses ist klar und folgerichtig, wenn auch der alten Welt nicht immer ganz sympathisch. Man begünstigt keinen Schuldner, ohne ihm politische Bedingungen zu stellen. Amerika will einen engeren europäischen Zusammenhalt erzwingen, um einmal in der Abstraktion Frage vorwärts zu kommen, sobald, um statt mehrerer zahlungsunfähiger Käufer und Schuldner, eine solente Genossenschaft zu bekommen. Es fehlt auch nur in der Linie der bisherigen Politik des Präsidenten Coolidge, wenn eine Auflegung der belgischen Eisenbahns abgelehnt wird, solange das Schuldenabkommen von Frankreich nicht ratifiziert worden ist. Wenn dieser parlamentarische Akt vor sich gegangen wäre, dürfte das Weisse Haus die deutsche Anleihe zulassen, ohne für sie irgendwelche Regierungsgarantie zu übernehmen. Aber auch das würde vorwärtlich genügen. Wesentlich weiter gehen jetzt die Erörterungen, die eine Lösung des Schuldenproblems bezwecken. Es ist nicht leicht, sich aus den widersprechenden Verurteilungen amerikanischer Politiker und Bankiers ein Bild zu machen. Vermutlich ist man sich selbst noch nicht einig. Man hat auch drüber mit Wahlen und Volksentscheidungen zu rechnen und ist am wenigsten zwei Monate vor einer Volksentscheidung geneigt, ein so heißes Eisen anzufassen. Die Hoffnungen Europas gehen

Thyri wären die Zwischenfälle im besetzten Gebiet nicht so verhängnisvoll von beiden Seiten behandelt worden, sondern hätten zu schweren Vermittlungen und neuen Zwischenfällen geführt. Auch daß der Plan einer Generalrevision der Rheinlands-Ordonnanzen von der internationalen Rheinlandskommission der Reichsregierung zur Prüfung zugelassen wurde, ist ein Fortschritt, der gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Schon deshalb muß die Politik weiter verfolgt werden. Erweitert ein Abweiden von dieser Linie könnte verhängnisvoll werden, weil es uns als verhandlungsunfähig und schwachend erscheinen ließe. Deshalb kommen nur Parteien für eine Regierungsbildung in Frage, die auf dem Boden von Locarno und Genf stehen.

Im Augenblick ist diese Frage im Reich nicht akut, wohl aber in Preußen. Vorberhandlungen, oder besser gesagt, Vorhändler, haben in den letzten Tagen eine gewisse Geneigtheit beim Zentrum und den Demokraten gezeigt, die die Sozialpartei wieder in die Koalition aufzunehmen, nachdem von dieser Seite ein entsprechender Wunsch geäußert worden ist. Die Sozialdemokratie sperrt sich allerdings, aber wohl weniger aus Grund als aus Taktik. Sie möchte einmal in Preußen erst die Ernte in die Scheunen bringen, d. h. die notwendig gewordenen Personalveränderungen ohne volkspolitische Einflüsse in ihrem Sinne ausführen, und sodann auch im Reich die große Koalition durchziehen. Gegen die zweite Forderung wird man erstifache Bedenken nicht erheben können, sobald die Sozialdemokratie zur Verantwortung bereit ist. Die Anknüpfung auf schmale Grundfrage wurde ja durch ihre dreimalige Regierung zur Mitarbeit notwendig. Anders sieht es mit der Personalpolitik. Wir haben das Gefühl, daß hier manches glücklicherweise, sogar weniger von der Sozialdemokratie selbst, als vom Zentrum, das leider keine zahlenmäßig begründeten Ansprüche nicht immer qualitativ genügend frischen kann. Wir denken dabei nicht einmal an untergeordnete Stellen, sondern an Spitzen.

Die Volkspartei kann heute ihren Anhänger gegenüber auch das Bekenntnis zur Republik unterbreiten. Die Schwierigkeiten, die sie dabei im Umde gehabt hat, sind nicht zu verkennen. Ein Teil ihrer Angehörigen tief Gefahr, nicht nur gesellschaftlich, sondern auch wirtschaftlich hinfällig zu werden, da es sich im großen und ganzen um dieselben Schichten handelt, wie bei der Deutschnationalen. Inzwischen aber hat die Republik große moralische Eroberungen gemacht. Bei der Verfassungsgesetzgebung großer Beamtenorganisationen erigte man sich auf eine Entschleunigung, die die Verfassungstreue betonte, und selbst die deutschnationalen Mitglieder haben scheinbar zugestimmt. Ebenso wichtig aber war es, daß auf der preußischen Richterverein auf seiner Kasseler Tagung sich endlich klipp und klar auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellte. So vorzüglich seine Verheerungen über den Mogeburger Fall auch gewesen sind, stellen sie doch eine Verurteilung jener Handlungen dar, die ja zu dem Disziplinärverfahren geführt haben.

Um die Festigung der Republik zu erkennen, braucht man nur an den Rücktritt des Generalobersten von Seckt zu erinnern. Sein Ausscheiden ist bedauerlich, weil es sich um eine Persönlichkeit handelt, deren große militärische Fähigkeiten allgemein anerkannt wurden und der damals beim Kampfe mit ganz zweifellos ein Hauptverdienst an der raschen Erledigung des Aufstandes war. Trotzdem war seine Demission unermesslich, da er den Wänsinger Vorgang mit seinem Namen gedeckt hätte. Vor drei Jahren hätte sich noch ein Sturm erhoben, wenn man aus diesem Anlaß Seckt entfernt hätte. Heute gab es nur einen Wänsinger von ganz geringem Ausmaß, beinahe nur ein Pfläster. Auch die Erledigung der Fürstenabfindung in Preußen ist ein Beweis fortschrittlicher Entwicklung. Daß nicht mehr herauszubohlen war, ist die Schuld der Sozialdemokraten, die die Frage beim Volksentscheid falsch gestellt hatten. Wären sie bei ihrem ursprünglichen Antrag geblieben, hätten die Kommunisten nachzulaufen, die ihnen dafür mit Freigel in Landtag dankten, so wäre ein glatter Sieg erfolgt worden, der dem deutschen Volke viele Millionen erspart hätte. Im ganzen aber läuft die Entwidlung gradlinig fort, und wir haben keinen Anlaß, die Deutschnationalen zu beneiden, die sich immer von neuem in Sachfragen verrennen.

Richard May.

Werbung neuer Mitglieder
und
Verbreitung unserer Wochenchrift
ist die beste
und nachhaltigste Unterstützung
der Partei.

Umleitungen nehmen entgegen:
Deutsche Demokratische Partei Magdeburg
Breitweg 139/140
Deutsche Demokratische Partei Halle
Leipziger Straße 21.

dahin, daß ein allgemeiner Schuldenerlaß, oder wenigstens Nachlaß, eintritt, der dann in gleichem Maße Frankreich, Belgien, Italien oder England, auch Deutschland zugute kommen würde.

Die äußere Politik des Reiches ist klar vorgezeichnet. Mit raschen Erfolgen ist nicht zu rechnen. Das muß immer betont werden, weil sonst Enttäuschungen unvermeidlich sind. Ein Abschluß der Verhandlungen, die sich an Thyri angeknüpft haben, kann noch Monate auf sich warten lassen. Trotzdem wäre es völlig verfehlt, diese Politik, übrigens die einzige, die wir überhaupt treiben können, als aufzusuchen zu bezeichnen. Das war sie selbst dann nicht, wenn sie zum Schluß scheitern sollte. Wor

Die Demokratie und die Innen- und Außenpolitik.

Staatspräsident Dr. Hummel und Landtagsabgeordneter Dr. Bohner über die Ziele der Innen- und Außenpolitik.

Magdeburg, 15. Oktober.

Auf einer von der Demokratischen Partei in der Gremialität veranstalteten aus von Parteifreunden aus dem Wahlkreis sehr zur Beachtung Ausprobierungsveranstaltung hielten der Reichstagsabgeordnete Staatspräsident Dr. Hummel und Landtagsabgeordneter Dr. Bohner instruktive Vorträge, in denen sie die Wichtigkeit der von den Demokraten in der Innen- und Außenpolitik verfolgten Kurse nachwiesen und im Anschluß daran die Aufgaben der Demokraten im Reichstage und im Landtage beleuchteten.

Staatspräsident Hummel konnte mit besonderer Genugtuung darauf hinweisen, daß die ungewöhnlichen Erfolge, die Deutschland auf außenpolitischem Gebiet in der jüngeren Zeit davongetragen hat, nur dadurch möglich geworden sind, daß sich die verantwortlichen Leiter des Auswärtigen Amtes zu dem Kurse in der auswärtigen Politik bekamen, den die Demokraten schon seit Jahren als allein richtigen propagiert hatten, wofür sie dann von denjenigen, die heute diese Politik unterliegen, in maßloser Weise beschimpft und geschmäht wurden. An die demokratischen Wähler richtete er dabei einen nachdrücklichen Appell, die Ziele der Partei hochzuhalten, sich stets mit ganzem Herzen für die Grundzüge der Demokratie u. für die Republik einzusetzen, da nur dann mit einem Geiste des demokratischen Gedankens in den Ringen der Weltanschauungen gerechnet werden könne.

Landtagsabgeordneter Dr. Bohner berichtete über die Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion, besonders über die Verhandlungen des Landtages über den Magdeburger Justizstreit, der im ganzen Lande großes Aufsehen erregt und dem Ansehen unserer Justiz einen schweren Schlag versetzt hat. Auch die Bestrebungen auf Verbreiterung der Regierungsbasis in Preußen zog er in den Kreis seiner Betrachtungen, wobei er allerdings seinen Zweifel darüber ließ, daß diese Frage nur im Zusammenhang einer Regierungsumbildung im Reiche behandelt werden könne und darum einer sorgfältigen Prüfung bedürfe. Angefaßt der programmatischen Bedeutung der beiden Vorträge, die von der zahlreich besuchten Versammlung mit großem Interesse aufgenommen wurden, erscheint es uns notwendig, in ausführlicherer Weise auf sie einzugehen.

Staatspräsident a. D. Dr. Hummel

leitete seine Ausführungen mit einem Rückblick auf die Außenpolitik ein, auf welchem Gebiet als wichtigstes Ereignis der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verzeichnen ist, der auch von den rechtsstehenden Parteien als ein bedeutender Erfolg begrüßt worden ist. Mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist ein wichtiger Abschnitt unserer Außenpolitik zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Es ist eine seltsame Erscheinung, daß gerade in diesem Augenblicke, der die Richtigkeit des von den Demokraten schon seit Jahren vertretenen Kurses in der Außenpolitik erweist, die demokratische Partei in der Öffentlichkeit auf das heftigste beschimpft und geschmäht wurde, während den Parteien, die eine falsche Politik propagierten, die uns ungewöhnlich in neue Katastrophen führen müßte, die Sympathien der Massen zuzuflehen. Aus dieser Tatsache könnte man zu der Auffassung kommen, daß es aus parteipolitischen Gründen erfolgversprechender ist, eine falsche Politik zu betreiben, da man des Beifalles und des Zutrommes der Massen über sein könne. Dazu werde sich nun freilich die demokratische Partei nie verstehen können, da ihr Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem eigenen Volke zu stark entwickelt ist. Diese demagogischen Agitationsmittel werde sie auch künftig dem Gegner überlassen. Hummel erinnerte an die letzten Reichstagswahlen. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war damals eine Forderung, über die selbst in den Kreisen der Reichstagsabgeordneten, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf das schärfste bekämpften, gingen in ihrer Agitation zu, weil, den Demokraten wegen ihrer anderen geredeten Anschauung über die Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes die nationale Stimmung abzuweichen und sie als Vaterlandsverräter zu beschimpfen. Heute wird man Stromfänger, der den Eintritt notwendig hat, fast als Nationalverräter gefeiert. Auch die direkte Verhandlung mit Frankreich, nicht über England oder Amerika, die jetzt Stromfänger eingeleitet hat, ist nicht seine eigene Politik, sondern stellt nur eine Erfüllung einer Forderung dar, die die Demokraten als erstes u. wichtigstes Ziel unserer auswärtigen Politik schon vor Jahren hingestellt hatten. Und welche Angriffe und Schmähungen haben die Demokraten wegen ihrer Erfüllungs- bzw. Verbindungsposition über sich auch von der Deutschen Volkspartei, deren Führer jetzt selbst diese Politik betreibt, über sich ergehen lassen müssen.

In einer wirtschaftlichen Verständigung geht aber nicht eine Reinigung der Atmosphäre zwischen den Völkern, die sich einseitig gegenüberstehen, sondern auch eine positive Mitarbeit Deutschlands am Wiederaufbau der fremden Wirtschaft, besonders die Mitwirkung an der Stabilisierung der französischen Wirtschaft. Dieser Mitarbeit können wir uns schon im wohlverstandenen Interesse der weiteren Gesundung unserer eigenen Wirtschaft nicht entziehen, und wird letzten Endes auch zu einer Milderung unserer Reparationsverpflichtungen führen. Eine gesunde Wirtschaft in den ehemaligen Feindvölkern kann die Ueberwindung zu großer Werte aus Reparationsverpflichtungen nicht erwünscht sein, da dadurch ihre Grundlagen immer aus neue erschüttert werden. So lange die Zerrüttung der fremden Währungen andauert, ist eine geordnete Entwicklung unserer eigenen Wirtschaft und eine Fundierung unserer Handelsbilanz stets aufs neue gefährdet. Stets waren die wirtschaftlichen Verhältnisse maßgebend für die Gestaltung des

Verhältnisses zwischen den Völkern. Erst durch den Ausbruch der wirtschaftlichen Gegensätze wird der Weg für eine politische Verständigung zwischen den Völkern geebnet. Die Männer, die den Eisenpakt abschlossen und dadurch den ersten Schritt für eine wirtschaftliche Verständigung zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien taten, haben eine nationale Tat im besten Sinne des Wortes getan.

Auch auf verkehrspolitischen Gebiet kann die Annäherung zwischen den Völkern gefördert werden. Vertriebsarbeit in diesem Sinne hat der kürzlich in Basel abgehaltene Wirtschaftskongress getan. Gerade auf diesem Gebiete sind die wirtschaftlichen Belange der Länder so eng miteinander verknüpft, daß eine Verständigung direkt eine geheimerische Notwendigkeit ist.

Die Zwischenfälle am Rhein werden die angebahnte Verständigung, die von der französischen Wirtschaft mit demselben Nachdruck betrieben wird, obwohl ein Vorkriegsstand der Spitze der dortigen Regierung liegt, wie von den deutschen Führern der Wirtschaft, nicht mehr aufhalten können.

Aus all den hier angeführten Tatsachen ist zu ersehen, daß wir einen festen Kurs in der auswärtigen Politik haben, wobei wir mit Genugtuung darauf hinweisen können, daß dieser Kurs den Richtlinien entspricht, die die demokratische Partei schon vor Jahren aufgestellt und stets mit Nachdruck vertreten hat.

In der inneren Politik sieht es nicht so erfreulich aus. Noch immer wird unsere innere Politik von einer Dauerkrise beherrscht, die ein Spiegelbild jener Strömungen darstellt, die unser Volk nicht zu einer Einigung kommen lassen. Wenn wir der Ursache dieses unheilvollen Zustandes auf den Grund gehen, kommen wir zu der betäubenden Erkenntnis, daß es letzter Endes der mangelnde Mut zu einem aufrechten Bekenntnis zur Republik ist, der einen großen Teil nicht der höchsten Staatsbürger daran hindert, den fortschrittlichen Bestrebungen der republikanischen Elemente mit voller Energie entgegenzutreten. Aus dieser Einstellung eines Teils der sehr großen Teile überlegen ist lediglich einem Bequemlichkeitsbedürfnis entprechenden Republikanismus schöpfen die Feinde der Republik immer von neuem den Mut, das junge Staatswesen an seine Führer in einer Weise zu verunglimpfen, wie es unter dem früheren zusammenschlagenen System kaum denkbar gewesen wäre.

Es ist a. B. erstaunlich, mit welchem Gleichmut die Defensivität den Zwischenfall bei den letzten Wahlen der Reichswehr ausgenommen hat, der zu der Verabschiedung des bisherigen Chefs der Feuerleitung von Seekt den Anstoß gab. Herr von Seekt ist viel zu klug, als daß er sich darüber getäuscht haben könnte, wie die Einstellung des Sohnes des Kronprinzen in die Reichswehr von den Republikanern aufgenommen werden würde. Die Genehmigung der Teilnahme des Sohnes des Kronprinzen an den Wahlen ist ein Symptom der Unwahrscheinlichkeit, die einzelnen Stellen der Reichswehr innehaben. Dieser Vorfall hat schlagartig die Verhältnisse in unserer Reichswehr erhellt. Man glaubte, die Reichswehr sei ein „Mittelstück nicht an“. General von Seekt genog in der demokratischen Partei volles Vertrauen und wurde von ihr gegen die niedrigen Löhne ihm namentlich aus dem Lager der Linken kommenden Angriffe oft genug in Schutz genommen.

Der Zwischenfall hat uns auf das Bestreben überführt, da er nach den ganzen Umständen nicht als Unachtsamkeit, sondern als bewußte Inkompetenz gegenüber der Republik gewertet werden muß. Daß ein Solches im Jahre der heutigen Zeit, da die Feinde der Republik mit allen Mitteln ganz offen die Wiedererrichtung der Monarchie betreiben, in der Reichswehr unmöglich ist, darüber konnte keine der führenden Stellen in der Reichswehr im Stillen gewesen sein. Der Vorfall hat mit einem Schlag die Wahrheit geschaffen über den Geist, der in der Reichswehr von einzelnen Führern herrscht. Eine Veränderung des Reichswirtschafts, der falsche Zwischenfall für die Zukunft unmöglich macht, ist eine geheimerische Notwendigkeit. Die Reichswehr darf nicht zu einem Instrument der Reaktion gemacht werden, sonst gibt sich die Republik selbst auf. Notwendig ist vor allem eine stärkere Kontrolle über den Offiziers- und Mannschaften. Sind doch Fälle bekannt geworden, daß einzelne Offiziere von den sogenannten nationalsozialistischen Verbänden ein Rekrutierungsbüro über die zur Einstellung gelangenden Mannschaften einforderten. Das beweist, in welche Bahnen unsere Reichswehr gedrängt werden sollte. Die bekannte Dreifachfronte in Frankreich ist ein warnendes Beispiel, wozu wir gelangen können, wenn in der Armee eines republikanischen Staates ein monarchistischer Geist großgezogen wird. Rechtzeitig Maßnahmen dagegen zu ergreifen, ist die Pflicht der Selbstbehaltung der Republik, da sie es sonst erleben könnte, daß die bewaffnete Macht, die sie sich zu ihrem Schutz geschaffen hat, sich gegen sie selbst kehrt.

Die Demokratie wird es in der nächsten Zeit als ihre Hauptaufgabe betrachten müssen, weniger über Koalitionen und Fusionen zu sprechen, als vielmehr das große Ziel der Stärkung des demokratischen Gedankens in den Vordergrund zu rücken. Rückhaltlos bekann ich dabei Staatspräsident Hummel zu dem Standpunkt des Generaldirektors Silberberg, der auf der Dresdener Tagung der Deutschen Industrie den Grundgedanken aufstellte, daß es keine Regierung geben, die Sozialdemokratie geben könne, sondern daß mit der Sozialdemokratie regiert werden müsse. Wer von der Notwendigkeit eines einseitigen Zusammenstehens von Arbeitgeber und Arbeitnehmer überzeugt ist, von Arbeitgeber soziale Bemühung, wer von beiden erwartet, daß sie ohne Einschränkung den Staat, wie er heute ist, anerkennen und an seiner weiteren Entwicklung mitarbeiten wollen, der stellt unseren Völkern und dem Vaterlande den besten Dienst. Es darf in der Republik keine Parteipolitik geben, die sich als die Entschiedensten betätigen u. vertrittet hat. Ebenso muß man aber auch von der Arbeitnehmererschaft verlangen, daß sie für die Lebensnot-

wendigsten Bedürfnisse entgegenbringt, denn von einer blühenden Wirtschaft hängt schließlich doch auch das Wohlergehen der Arbeitnehmer ab.

In seinen weiteren Ausführungen sagte sich Staatspräsident Hummel kurz mit der vom früheren Reichstagspräsident Dr. Wirth propagierten Union auseinander und wies dabei auf die Gegensätze, besonders auf kulturellem Gebiete hin, die die Demokratie vom Zentrum trennen und die durch ein fünftägiges Gebilde nie überbrückt werden können. Dagegen wird die Demokratie in einer interprofessionellen Mittelpartei, auf die die ganze Entwicklung hin drängt, ein dankbares Feld finden, auf dem sie sich betätigen kann und das sie mit ihrem Geist und ihrer Weltanschauung wird beschränken müssen.

Der Reichstag werden in seiner kommenden Session eine größere Reihe von bedeutenden Arbeiten erwarten. Die Verabschiedung des Budgets wird dabei die Hauptarbeit darstellen. Die demokratische Partei wird darauf dringen, daß mit dem vollkommenen Verzicht Beamtenabgaben endlich Schluss gemacht wird. Abbau der Vermaltung wird die Förderung lauten. Daß diese Forderung durchzuführen ist, hat der demokratische Reichsfinanzminister Dr. Reinhold bewiesen, der in seinem Referat mit dem Abbau des ungeheuer angeschwollenen Verwaltungsparets schon einen vielversprechenden Anfang gemacht hat. Der Beamtenabbau in der Wehr, wie es betrieben wurde, hat nur den Erfolg gehabt, daß die Kosten von Reich, Staat und Gemeinden durch die Dienstausgaben außerordentlich belastet wurden und hat sich daher als sehr unvorteilhafte Maßnahme erwiesen. Es war ein negativer Erfolg, für den die Deutschen, die feierlich im Reichstagsabstimmte die entscheidenden Stimmen hatten, die Verantwortung tragen, ebenso wie für die Steuerpolitik, die zu dem Zusammenbruch unserer Wirtschaft führte.

Auch dem Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern werde der Reichstag seine Aufmerksamkeit schenken müssen. Der große Gedanke, der die demokratische Partei bei Behandlung dieser Frage leiten werde, sei die Wiederanerkennung der steuerlichen Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden, ohne daß dabei die Steuerhoheit des Reiches angefochten werde. Ferner wird eine Reform des Wahlrechts geprüft werden müssen, da das jetzige Wahlrecht sowohl hinsichtlich des Abstimmens als auch bezüglich der Wahlkreisabteilung eine Reihe schwerer Mängel aufweist, die dringend einer Korrektur bedürfen.

Ob das Reichsgesetz in dieser Session des Reichstages zur Verabschiedung gelangen wird, ist mit Sicherheit noch nicht zu sagen. Auf jeden Fall wird es harte Kämpfe bringen. Ein Kompromiss zwischen Zentrum und Demokratie ist angesichts der großen Gegensätze zwischen den beiden grundsätzlichen Anschauungen über die Schulsysteme wenig wahrscheinlich. Die demokratische Partei wird nur dann dem Reichsgesetz zustimmen können, wenn es uns die Simultanwahl erhält. Auf jeden Fall werden die kommenden Wahlen mit ihrer Fülle an Problemen alle Parteien zwingen, endlich Klar zu bekommen, selbst auf die Gefahr hin, dadurch an Popularität bei ihren Wählern zu verlieren. Die demokratische Partei kann dieser Probe auf die Ehrlichkeit mit Ruhe entgegengehen, da sie ihren Wählern nie etwas verborgen hat, was sie nicht auch mit gutem Gewissen veröffentlichen kann. Wie weit dies die Beziehungen mit den anderen Parteien besonders bei denen von der Rechten, zu finden sein wird, die mit Verzichtungen im Wahlkampf sehr freigebig war, wird die nächste Zukunft lehren.

Landtagsabgeordneter Dr. Bohner

unterwarf die Vorgänge im preussischen Landtage einer kurzen kritischen Betrachtung. Er kam dabei auch auf die Aussprache im Landtage über den Magdeburger Justizstreit zu sprechen, bei der auch von den demokratischen Rednern (u. a. von Dr. Bohner selbst, die Red.) die festgestellten äusseren Fehler der leitenden Justizbeamten einer scharfen Kritik unterzogen wurden, wobei sie auf die Notwendigkeit einer beschleunigten Strafprozessreform hingewiesen hatten. Dann schloß er auf die Beziehungen zur Regierung in Preußen auf, auf daß ihnen in staatspolitischem Interesse die Verbreiterung der Regierungsbasis sehr zu begrüßen sei, bezweifelte aber, ob die dahingehenden Bemühungen zu einem baldigen Erfolg führen werden, da diese Frage nur im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung im Reiche gelöst werden könne, wo man über die ersten Vorverhandlungen anscheinend noch nicht hinausgekommen ist. Der Redner wies in diesem Zusammenhang auf die Reuebung des Innenministeriums hin, die durch den Rücktritt des bisherigen Innenministeriums notwendig geworden war. Auch das Kultusministerium soll eine Reuebung erfahren. Die Volkspartei hält für diesen Posten den früheren Kultusminister Beck in Bereitschaft, mit dessen Werten die Demokraten kaum ganz einverstanden waren. Er hat nicht im entferntesten das gehalten, was die Demokraten von ihm erwarten durften. Besonders der Kurs seiner Schulpolitik entfachte sich weit von den Forderungen der Demokraten. Da der Kampf um die Schule noch immer mit unerminderter Heftigkeit weiterrollt, das Schicksal des Reichsgesetzes noch immer nicht entschieden ist, ist die Frage der Behebung des Kultusministeriums von außerordentlicher Wichtigkeit. In kurzen Zügen umriß der Redner die Stellung der Demokraten zum Schulgesetz und untertrieb dabei nachdrücklich die Forderungen, die auch Staatspräsident Hummel dazu aufgestellt hatte.

Zum Schluß wies der Redner noch auf den dem Landtage vorliegenden Vergleich mit dem Hohenzollernpaar hin. Gerade diese Vorlage wird eine Probe für den guten Willen sämtlicher Parteien sein, ob sie zu einer friedlichen Mitarbeit an den Aufgaben des Landtages bereit sind, den Vergleich als Maßstab, daß die Hohenzollern nicht ihre Geneigtheit schliessen, aufzufassen, könnte man auf ihre Geneigtheit schließen, auf die Rücksicht anzuwenden. Wünschenswert wäre es auf jeden Fall, die Anerkennung der Republik durch die Hohenzollern im Vergleich selbst zu fordern, da die Haltung der Fürsten bisher immer das schwerste Hindernis für die Einigung des Volkes auf dem Boden der Republik darstellte.

Beiden Rednern sollte die Verantwortung für ihre maßvollen u. von hohem Verantwortungsbewußt getragenen Aus-

früheren schafften Beifall. Die sich an die Vorträge anschließende Aussprache förderte manche wertvolle Anregung zu Tage und lieferte den Beweis, daß im Bezirk Magdeburg der demokratische Gedanke in erfreulicher Weise an Kraft und Verbreitung gewonnen hat, so daß wir um die Zukunft der demokratischen Partei unbesorgt sein können.

Um die Große Koalition in Preußen.

Kündernde Stellung der Demokraten.

Aus führenden Kreisen der demokratischen Landtagsfraktion in Preußen wird dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ mitgeteilt: Grundtätig herrscht in der demokratischen Landtagsfraktion die Auffassung, daß die Große Koalition in Preußen zur Sicherung einer festen Regierungsmehrheit und zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Preußen wünschenswert ist. Es ist indessen unklar, daß in Preußen eine Große Koalition geschaffen werden kann und Bestand haben soll, wenn im Reich die Große Koalition an der Haltung der Deutschen Volkspartei scheitert. Die Verabschiedung des Gesetzes über die Vermögensverlustverjährung zwischen Preußen und den Hohenzollern wird ein Faktor aus der Welt geschafft, der bisher der Sozialdemokratischen Partei die Teilnahme an der Regierung im Reich erschwert hat. Man wird nun erwarten müssen, was im Reichstag geschieht. Sollten im Reich die Versuche zu Bildung der Großen Koalition scheitern, so wird sehr genau untersucht werden müssen, wer für dieses Scheitern die tatsächliche Verantwortung trägt.

Einmalige Koalitionsverhandlungen in Preußen werden nicht dadurch erleichtert, wenn in Württemberg die Deutsche Volkspartei nachsteht, allerlei Ministerlisten veröffentlicht werden und wenn dem Hauptvertreiter, die Hauptfachverständigen sagen bei den Demokraten, eine Behauptung, die um so merkwürdiger ist, weil bisher mit der demokratischen Landtagsfraktion überhaupt noch nicht verhandelt worden ist. Wichtig ist, daß die demokratische Landtagsfraktion mit Rücksicht auf die Persönlichkeiten, die sie bisher zur Verfügung gestellt hat, mit Rücksicht auf die Leistungen dieser Persönlichkeiten und mit Rücksicht auf ihre schwere Aufgabe, Wähler zwischen den bürgerlichen und der sozialdemokratischen Partei zu sein, sich nicht mit einer Abgrenzung betonen kann. Die Demokraten müssen Abgrenzung und Wirkungslosigkeit auch in einem veränderten Kabinett verlangen. Sollten in Hinblick auf diese selbstverständlichen Forderungen Schwierigkeiten entstehen, so werden die Demokraten es sich überlegen, ob sie bei jeder künftigen Regierungscoalition dabei sein müssen. Andererseits sind sie sich sehr wohl bewußt, daß es nicht angängig ist, leichtfertig die Verantwortung abzugeben. Wenn es sich um die Deutschen Volkspartei Bestimmungen über die Stellenbesetzungen entzünden, die mit dem Reichsrecht übereinstimmen, so mag die Volkspartei bedenken, daß sie in die jetzige Situation durch ihre eigene Schuld gekommen ist.

Wer hemmt die landwirtschaftliche Siedlung?

In der Donnerstag-Vollversammlung vom 7. Oktober des Landtages wurde ein Gesetzesantrag auf 40 Millionen Reichsmark für Rentensicherungsgründungen mit der Zustimmung aller Parteien angenommen. Vorher gab es eine sehr lebhafte Erörterung, die durch die Ausführungen des Ministerialdirektors Articus von preussischen Landwirtschaftsministerium im Hauptsaal sehr herangezogen wurde. Articus hat behauptet, daß das Ziel seiner Verpflichtung, 50 Millionen Mark für die Rentensicherungsgründungen und zwar für das Jahr 1926 zur Verfügung zu stellen, nicht nachgekommen ist. Im August dieses Jahres zehrt nur 4 Millionen zur Verfügung gestanden, ist allmählich auf 4 Millionen zusammengedrumpft worden. Mit 4 Millionen Mark könne in der Ost- und Nordost nichts angefangen werden.

Abg. Meinde (Democrat) kam auf diese Ausführungen zurück und stellte gegenüber allen Einreden, die Articus in der Rede machte, fest, daß erst im April d. J. der Entschluß auf Vergabe von 50 Millionen und zwar 50 Millionen für je 5 Jahre) gefaßt wurde, und daß also von dem Reichsfinanzminister nichts verlangt werden könnte, diese Mittel sofort auf den Tisch zu legen. Es seien aber schon im August 15 Millionen Mark bei der zuständigen Rentenbankfremdbank bereitgestellt worden. Es wären aber im Anfang September nur 500 000 Mark und Anfang Oktober etwa 850 000 Mark von dem preussischen Landwirtschaftsministerium abzurufen worden. Tatsächlich lände auch heute ein erheblicher Betrag bei der Rentenbankfremdbank zur Verfügung.

Abg. Dr. Raupold von der Deutschen Nationalen Volksliste erklärte, daß seine Partei die Mehrheit erhalten wolle, daß heute 27 Millionen bei der Rentenbankfremdbank zur Verfügung ständen. Abg. Meinde betonte, daß der Ministerialbeamte eines Landes keinen Anlaß hätte, in der Öffentlichkeit eine Reichsverwaltung anzusehen, bevor er sich nicht die nötige Auskunft verschafft hätte. Abg. Meinde hat außerdem die Zahlenangaben des Landwirtschaftsministeriums kritisiert, die der Öffentlichkeit ein glänzendes Bild von der Siedlungstätigkeit und zwar zu Unrecht — gegeben hätten. Die Angabe, daß in den letzten Jahren jährlich über 2000 Siedlungsstellen gegründet seien, wäre sehr bedenklich, denn über fünf im Jahr nur 30 Prozent von diesen 2000 Siedlungsstellen Bauerntellen gewesen, die Mehrzahl von 70 Prozent wären ganz kleine Stellen, teilweise solche für Bauarbeiter, 9 Prozent größere Reichtümer gewesen.

Die Not der Flüchtlingskinder im Landtag.

Der neu von den Demokraten gestellte Antrag, Schritte zu befehlen, um die Notlage der Flüchtlings-

kinder festzustellen, fand bei der Donnerstag-Beratung (7. Oktober) im Landtag mehr Gegenliebe als im Hauptsaal. Der demokratische Antrag wurde dem landwirtschaftlichen Siedlungsausschuß übergeben. Bei dieser Gelegenheit hob Abg. Meinde hervor, daß bei der Vergabe von jenseits Darlehen an die Flüchtlingskinder große Herangehogen werden müssen, die die Wirtschaftsbereitungen im Sinne des bekannten landwirtschaftlichen Gelehrten Verehe vornehmen möchten.

Rundgebung der Post- und Telegraphenbeamten.

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, eine Großorganisation des Deutschen Beamtenbundes mit einer Stärke von 130 000 Mitgliedern, hielt am 15. Verbandstag in Berlin eine maßvolle Rundgebung ab. In der Eröffnungsansprache betonte der erste Vorsitzende, daß die Reichspost einsehen mußte, daß nur ein zureichendes Personal den Betrieb wieder flott machen könne. Ministerialdirektor Feld sprach dann über das Beamtenbündnis und wies darauf hin, daß der Reichstag im kommenden Winter eine Anzahl wichtiger Beamtenfragen zu lösen habe. Das Beamtenbündnis bedürfe einer verfassungsmäßigen Mehrheit. Die Eingliederung der Dienstleistungsbeamten bedeutete eine einheitliche Handhabung, die ein anerkannter Fortschritt sei. Die Frage, ob ein Beamter weiter Beamter sein darf, müsse Sache des Disziplinarrichters und nicht des ordentlichen Richters sein. Das Mitglied des Verwaltungsrats der Reichspost, Herr Grünfeld, hielt dann einen Vortrag über die Bedeutung der deutschen Reichspost für die Wirtschaft. Der Vortragende sagte u. a., daß die Frage der modernen Konturrenzen auf die Reichspost zu berücksichtigen zünge, z. B. beim Paketverkehr, da hier die Reichspost eine Monopolstellung nicht mehr bestehe. Die deutsche Fernsprechnetz bezeichne der Redner als die beste in Europa. Unser Gesamtbetriebe müsse sein, wieder aktiv an der Weltwirtschaft beteiligt zu sein. Dazu müsse aber auch das Berufsbeamten beitragen, nicht zuletzt durch eine höfliche Behandlung der Postkunden, wie sie z. B. in Frankreich wohlwollend empfunden wird.

Soziales

Niedererschlagung von Beschäftigungsarbeiten. Die den ausgewählten Eisenbahnen zur Niedererschlagung ihres verlorenen Hausrats abgegebenen Beschäftigungsarbeiten bilden noch immer Gegenstand der Erörterungen. Die wirtschaftlich gedrückte Lage ließ es bis heute nicht zu, daß die Darlehensnehmer ihre Schuld nennenswert abtragen konnten. Abg. Schmidt-Steglich (Dem.) ist daher schon vor vielen Monaten bei der Reichsbahn-Gesellschaft vorstellig geworden, diese Beschäftigungsarbeiten mit Rücksicht auf die traurige Lage der Beteiligten niederzuschlagen, wie dies auch das Reich und verschiedene Länderregierungen bezüglich der von ihnen gegebenen Beschäftigungsarbeiten getan haben. In dieser Angelegenheit ist der genannte Abgeordnete nun kürzlich wieder vorstellig geworden, und es ist jetzt damit zu rechnen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft binnen kurzem die Niedererschlagung der Darlehen auszusprechen wird.

„Jugendkilometer“.

Die Vereine für Jugendfahrten klagen darüber, daß die Fahrpreise auf der Deutschen Reichsbahn für die Jugendfahrten zu hoch seien. Bekanntlich kostet das km in der 4. Kl. 3,3 mit dem Mindestlohn von 10 S. Bei Jugendfahrten ist für Hin- und Rückfahrt nur der einfache Fahrpreis von 3,3 zu zahlen. Dennoch wird bei einer größeren Rundfahrt bei dieser Berechnung das Fahrgeld doch noch zu hoch. Es wird daher angeregt, sog. Jugendkilometer einzuführen, und zwar mit dem Grundpreis von 1 S für das km. Bei 100 km würde die Hin- und Rückfahrt dann immer noch 2 M, statt jetzt 3,30 M kosten.

Da nach ministeriellen Verfügungen die Frage der Heimkinder in dem Vordereingang stehen soll, ist der Ansehensunterricht das beste Bildungsmittel. Abg. Schmidt-Steglich ist bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Hauptverwaltung, vorstellig geworden, die Einführung von Jugendkilometern in Erwägung zu ziehen.

Unfinnige Gerüchte. Die deutsche Beamtenenschaft wird erneut beunruhigt durch Gerüchte, daß die Reichsregierung eine Herabsetzung der Gehaltsbezüge, Pensionen und Wartegelder erwäge. Es liegt auf der Hand, daß die Verbreiter wissen, wie wenig Grund zu solcher Annahme besteht, daß sie aber hoffen, Furcht und Schrecken zu verbreiten, Unruhe und Unzufriedenheit zu erzeugen. Nur aufgesetzte Auskunft kann die Wahrheit unterbinden. Abg. Schmidt-Steglich (Dem.) ist auf die bestimmten Fragen über solche Absichten sowohl vom Reichsfinanzministerium wie auch vom Reichsinnenministerium antwortlich worden, zu erklären, daß an solchen Gerüchten kein wahres Wort ist.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Gesellschaftsführender Ausschuss). Sitzung am Montag, den 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammtrieb). Dienstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6. Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am Stammtrieb zu beteiligen.

Freitag, den 22. Oktober 1926, abends 8 Uhr im Frankfurter Jugendheim: Vom deutschen Rhein und der „Belofel“ (Edm., Frk. E. Wenzl).

Freitag, den 25. Oktober 1926, abends 8 Uhr in den Altküster Bürgerkassen: Neue Wirtschaft. (Redner Herr

Ing. Lampe.) — Zu diesen Veranstaltungen ist die demokratisch gesinnte Jugend freundschaftlich eingeladen.

D. D. P. Ueber den Verlauf der Vorstandssitzung des Reichsverbandes Magdeburg-Anhalt der Deutschen Demokratischen Partei erhalten die Vorstandsmitglieder sowie die Kreisvereinsvorsitzenden in den nächsten Tagen ein Protokoll. Wir bitten sehr, die in der Sitzung beschlossenen Maßnahmen zu beachten.

Demokratische Jugend. Wir haben wiederum den Tod eines lieben Mitgliedes zu beklagen. Agnes Ullrich war in ihren gesunden Tagen eine unserer thätigsten und hat sich stets in den Dienst unserer guten Sache gestellt. Der Schmerz, den die tiefgeliebten Eltern sowie unsere Jugendgruppe erleidet, ist um so größer, als erst im August vorigen Jahres unser allerbesten Führer Erich Ullrich, der Bruder der so früh Verstorbenen, an deren Tod entziffen wurde. Der Dahingegangenen wird durch den gleich ihrem Bruder ein dauerndes Andenken bewahrt.

Magdeburg. Herr Redakteur Ludwig Kattentidt ist am 1. Oktober d. J. in den mehrbedeutenden Ruhestand getreten. Ueber 14 Jahre gehörte er dem Redaktionsverbande des Magdeburger Generalanzeiger als Redaktionsredakteur an. Vor dieser Zeit war er in verschiedenen fürchristlichen Tageszeitschriften tätig. Kattentidt ist ein alter Freiheimiger, guter Politiker, der über gutes Wissen verfügt und „sein Fach“ versteht. Ein Menschenalter lang Kattentidt im politischen Leben und ist stets offen und freimütig für seine politische Überzeugung eingetreten. Der fürchristlichen Volkspartei sowohl als auch der Demokratischen Partei gehört Ludwig Kattentidt lange Jahre als Vorstandsmitglied an und hat er sich, soweit es seine Berufstätigkeit erlaubte, stets am Parteileben beteiligt. Wir wünschen unserem lieben, treuen Freund wohlverdiente Stunden der Ruhe.

Magdeburg. Deutsche Demokratische Partei. Herr Gust. Goldschmidt und Gemahlin, Karstraße 1, feierten am 12. Oktober das Fest der goldenen Hochzeit. Die Deutsche Demokratische Partei übermittelte dem Jubelpaar herzliche Glückwünsche.

Reichsrunder Schwarz-Rot-Gold. Jugendabteilung Altküster. Die Kameraden treffen sich in ihren Angehörigen sowie Damen am 16. Oktober beim Kameraden Edward Holz zum Buntten Abend, anschließend Tanz. Eintritt 20 S.

Abteilung Budau. Am Sonnabend den 16. Oktober Herbstvereinigungen im „Kongresshaus“.

Ehhardt im „Stahlfeld“. Die „Telegraphen-Union“ meldet aus Magdeburg: Kapitän Ehrhardt ist dem „Stahlfeld“ beigetreten. Er wird künftig in enger Zusammenarbeit mit der Bundesführung des Stahlfeldes im 14111 tätig sein. — Wenn der Stahlfeld ein Kapitän Ehrhardt in seinen Reihen duldet und ihm eine Führerrolle überträgt, so beweist das, daß im Stahlfeld die gemäßigste Richtung abgedrängt ist.

Ist das paradox? Es gibt in Magdeburg eine Partei, die zwar aus wenig mehr als aus einem Mann besteht, die indes dadurch, daß sie mit einem Mann bemant ist, sich selber einmachtet. Aber, indem sie wie ein Mann und doch nicht mannhaft auftritt, entspricht sie nur ihrer natürlichen Veranfassung, sich selber Mannes genug und der Umwelt mehr als genug davon zu sein. — Nein, das ist wirklich nicht paradox. W. S. —

Was muß beim Transport unrausgetrocknetes Holz beschauf werden?

Jeder, der Brennholz in eine Stadt oder in ein Dorf einbringt oder sonst verfrachtet, muß mit einer schriftlichen Bescheinigung der Polizeibehörde seines Wohnortes oder des Eigentümers desjenigen Waldes, aus welchem seiner Angabe nach das Holz gebracht wird, versehen sein und sie auf Erfordern den Forstbeamten, Polizei- und Steuerbeamten vorzeigen, widerleglichen das Holz konfirmiert wird. Auch Holzbesitzer müssen bei Vermeidung gleicher Folgen, wenn sie das von ihnen aus der verpfändeten Forst geholte Holz beschaffen mit einer Bescheinigung ihres Holzungsrechtes versehen sein. Wird ermittelt, daß das beschlagene Holz gestohlen worden ist, so tritt außer der Konfirmation noch strafgerichtliche Verfolgung ein. Nach der Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten vom 8. Januar 1886 (Amtsblatt S. 38) findet in allen Ortschaften (Stadt, Dorf, Gemeinde oder Gutsbezirk) innerhalb einer Entfernung von 75 km von staatlichen, kommunalen oder Privatforsten das oben Gesagte mit der Maßgabe Anwendung, daß Zuwiderhandlungen hiergegen nach § 43 des Feld- und Forstpolizei-Gesetzes mit Geldstrafe oder mit entsprechender Haft bestraft werden.

Warnung! In Halle (Saale) verhaftet ein Schwindler, von Fernpreisleihnehmern Geldbeträge auf Fernsprechgebühren und auf Gebühren für Kelleraufträge für das von der Deutschen Reichspostzelle herauszugehende Branden-Fernpreisleihnehmern. In einem Falle ist es ihm auch gelungen. Da anzunehmen ist, daß der Schwindler auch in anderen Orten den gleichen Trick verüben wird, werden die Fernpreisleihnehmer hiernüt gewarnt. Im Beteiligungsfall würde der Schwindler — der mit A. Peters unterzeichnet — durch die Polizei festgenommen zu lassen sein.

Ein wichtiger Termin für Angestellte.

Der Ortsausflug Magdeburg für die Angestelltenversicherung schreibt aus: Am 31. Dezember 1926 erfolgt für frühere Angehörige der Angestelltenversicherung die Möglichkeit, die vor dem 31. Dezember 1923 erworbene Invalidität wieder aufleben zu lassen. Bis zum 31. Dezember 1923 gelte

ten laut Gesetz alle erwerbenden Anwartschaften als aufrecht erhalten. In den Jahren ab 1924 müssen aber zur Sicherung der Anwartschaft die je nach der Versicherungsdauer vorgeschriebenen 8 bezw. 4 Markten verwendet sein. Gemäß § 55 des Versicherungsgesetzes für Angestellte lebt die Anwartschaft wieder auf, wenn der Versicherte die erforderlichen freiwilligen Beiträge innerhalb der zwei Kalenderjahre nachträglich, die dem Kalenderjahr der Fälligkeit der Beiträge folgen. Bis Ende 1926 können also rückwärtige Beiträge für das Jahr 1924 noch entrichtet werden.

Wegen näherer Auskunft über alle Angelegenheiten der Angestellten-Versicherung siehe man sich mit dem Ortsauschuß Magdeburg, dessen Büro sich Baenschstr. 8 pr. r. befindet, in Verbindung. Beim Ortsauschuß sind auch Auskünfte über Beitragsleistung, Beitragsverfahren, Rentenansprüche usw. einzuholen.

Die Republik in Salzwedel.

Eine demokratische Anfrage.
Die Mitglieder der demokratischen Fraktion des Preussischen Landtags haben nachstehende kleine Anfrage eingebracht:

„Nach unwidersprochenen Meldungen der Ortspresse, insbesondere des Salzwedeler Wochenblattes“ vom 4. Oktober 1926 hat der Studienrat am staatlichen Gymnasium in Salzwedel, Dr. Adler, auf einem Kommers in Salzwedel folgendes ausgeführt:

„Meine Hoffnung ist, daß dereinst wieder die Fahne schwarz-weiß-rot über dem Lande weht, daß wir uns wieder um einen deutschen Kaiser scharen und es wieder heißt: ein Gott, ein Kaiser, ein Vaterland!“

Wir fragen das Staatsministerium:

1. In welcher Weise wird am staatlichen Gymnasium in Salzwedel die republikanische Gesinnung geweckt und gepflegt?

2. Hält das Staatsministerium solche Erklärungen seiner Beamten vor der Öffentlichkeit für zweckdienlich und für eine Stärkung des republikanischen Gedankens?“

Nichts kommt von selbst,

auch die Verbreitung unserer

Wochenschrift

müß erarbeitet werden.

Werbet bei allen Gelegenheiten Leser!

Probefläche durch den Verlag

Magdeburg, Breiterweg 139/140

Genthin. (Herabsetzung der Gewerbesteuer.) Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, die Gewerbesteuer von 600 Prozent auf 400 Prozent zu ermäßigen.

Genthin. Der Kreis Jerichow II hat beschlossen, unter Ausnutzung der durch Girozentrale geschaffenen Möglichkeit 500 000 M für die Hochwassergeschädigten des Kreises gegen einen billigen Zinssfuß zu verausgaben.

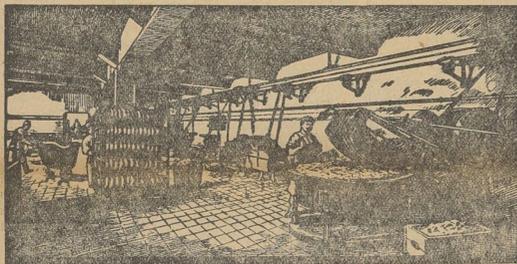
Groß-Lübars. Unter Parteifreund, Gastwirt Brink, wurde zum Amisvorbeisitzvertreter durch den Kreistag gewählt.

Burg. In der letzten Kreistagsitzung wurden verschiedene Wahlen vorgenommen, die auch anderer Partei wiederum einige Erfolge brachten. So wurden u. a. unser Freund Gastwirt Brink zum Amisvorbeisitzvertreter in G. Lübars und der Gärtnermeister Alf r als Amisvorbeisitzvertreter in Balfrenenburg gewählt. In den Steuerzuschuß für den 5. Bezirk Gütergüt wurde unser Parteifreund Lehrer Ze in l e gewählt und für das Schumann für den Rott- und Fiehrgraben unser Freund Landwirt Cle w o, Mödern gewählt. Die Vertauungsteuerordnung wurde angenommen, dafür stimmten 5 Mitglieder der Reichsfraktion. Ferner beschloß der Kreistag ein Darlehen in Höhe von 200 000 M aufzunehmen, das den Hochwassergeschädigten mit 5 Proz. Zinsen zur Verfügung gestellt wird. In Sachen des Umbaus der Kleinbahn hat der Magistrat der Stadt Burg vom Landeshauptamt nachstehenden Beschloß erhalten:

„Dem Beschlusse des 41. Provinziallandtages entsprechend, wird von mir das Projekt des Umbaus der Burger Kreisbahnen von Schmalpur in Normalspur io gefördert werden, daß der entgeltliche Sonderentwurf spätestens bis zum Zusammentritt des nächsten Provinziallandtages fertiggestellt ist. Die Teilfreken Burg-Biear und Biear-Magdeburgerforst sind im entgeltlichen Entwurf bereits io weit getrieben, daß sie in alternativer Zeit dem Herrn Regierungspräsidenten in Magdeburg zur landespolizeilichen Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden können. Dem nächsten Provinziallandtage wird eine eingehende Vorlage über den Umbau des gesamten Kleinbahnnetzes der Kreie Jerichow I und Burg unterbreitet werden. Es wird also dem Beschlusse des 41. Provinziallandtages in jeder Weise entsprochen.“

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig W a n s, Magdeburg.
Drud: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Sta.), Delitzsch.

Konsum - Verein für Magdeburg u. Umgeg. E. G. m. b. H.



Prima Rinder-Gefrierfleisch

Rouladen	100 Pfg.	Rossbeef	80 Pfg.
Filet	100 Pfg.	Hohe Rippe	75 Pfg.
Schmorfleisch	90 Pfg.	Rossfleisch	66 Pfg.

Frisches Schweinefleisch

in allen Lagern.

Prima Hammelgefrierfleisch

bester Qualität.

Fleisch- und Wurstwaren

in bester Qualität.

Zu ganz besonders billigen Preisen empfehlenswert:

Speck fetter, geräuchert . . . das Pfund **130** Pfg.
Erfülllich in allen Lagern.

Standuhren billig!

Teilzahlung gestattet.
Fuchel & Vorhau, Steinernerstraße 17 Werkstatt.

Siebert & Würbach :: Magdeburg.
Anhaber: Richard Siebert

Große Münzstraße 16. Fernsprecher 7230
Kolonialwaren — Konserven — Delikatessen
Wein und Spirituosen.
Spezialitäten: Rheinisches Apfelkraut — Weineißig.
Frankfurter Apfelwein von Adam Rantes
— Lieferung frei Haus.

Wir fertigen

Drucksachen

für jeden Bedarf schnellstens an Buchdruckerei
Hugo Alpers, Delitzsch.
Fernruf 466.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“

Bes. Ad. Büttner.

Windjacken — Brecheschosen
Arbeiterbekleidung
sehr billig nur in
PRESSLERS TEXTILHALLE
Buttergasse 8.

Park-Restaurant Herrenkrug

Jeden Mittwoch und Sonntag
Große Konzerte

Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Parkrestaurant Vogelgesang

berühmt durch seinen walden Baum-
bestand und durch seine wunderschönen
Reise- und Schilfen-Anlagen, die be-
deutendsten der Provinz.

Gesellschafts-Ball.

Gebrüder Limmer

Schwerfegerstraße 13
Pelze
Pelzjacken, Mäntel
— Alle Arten Pelzschmuck —
Besätze
Große Auswahl — Billige Preise
Umarbeitungen.

Vornehm, Herrenmäntel, kein Maßes
Eigens, Herrenmäntel, nicht, hoch billig!
Entwurf u. Ausführung, Ringshausen
Ged. Lindeburgerstr. 255, 3. St. u. 3. St. u. 3. St.

Fußbodenholzmatten

Jalousien, Rolläden,
Reparaturen, Reparaturmaterial.
Jalousiefabrik Schmidt,
gegründet 1871.
Magdeburg, Heiligegeiststr. 24, Tel. 922.

Auto-Privat-Fahrschule

Oh.-Ing. Va. Bohand
bildet Kraftfahrzeugführer aller Klassen
zu kulantesten Bedingungen aus.
Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing
— Eintritt jeder Zeit. —
Tel. 6354. Tel. 6354.

Büroräume gesucht

möglichst Zentrum und gute Verkehrslage.
Benötigt werden zwei kleinere Büroräume und
ein größerer Raum, der für kleinere Sitzungen und
Besprechungen geeignet ist. Zentralheizung erwünscht.
Auch Räume, die von einer großen Wohnung ab-
getrennt werden können, kommen in Frage.
Umgegend Offerte unter Nr. 220 an die
Expedition des Blattes.

Konsumverein für Magdeburg u. Umg.

Jacobstraße 42

Gummi-Mäntel	19.50
für Herren, braun	
Gummi-Mäntel	24.00
für Herren, mode und grau	
Gummi-Mäntel	29.50
für Herren, sehr gut	
Lederol-Mäntel	22.50
für Damen, wasserföcht.	
Gummi-Mäntel	37.50
für Damen	

Loden-Mäntel

für Damen und Herren in diversen Preislagen.



Dr. Hummel

über

Europäische Wirtschaftsfragen.

(Fortsetzung)

Wir wissen auch, daß es eine Reihe von anderen Mitteln gibt, die von manchen „Freunden der Wirtschaft“ empfohlen werden. Wir stehen, wie ich glaube, heute nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt vor der Kontroverse: die Volkswirtschaft, die Kapitalismus, und wir dürfen uns darüber gar nicht täuschen, daß es in dieser Kontroverse scharf Farbe bekennen heißt. Es gibt in dieser Frage, glaube ich, wenn es uns um die europäische und deutsche Wirtschaft zu tun ist, gar kein Ausweichen mehr. Man muß sich ganz klar darüber werden: ist das kapitalistische Wirtschaftssystem, in dem wir uns befinden, ausreicht, um die Wirtschaft selbst zu betreiben, ist das ein System, das die Wirtschaft selbst betreiben, ist das ein System, das die Wirtschaft selbst betreiben, ist das ein System, das die Wirtschaft selbst betreiben...

Etwas ganz Gefährliches in diesen Dingen ist diese Art von Kapitalismus, die sich in der Beurteilung unserer Wirtschaftssysteme heute dreifach. Herr Wieland hat in seinen Ausführungen noch nicht schon angedeutet, daß es eine außerordentlich gefährliche Auffassung ist, anzunehmen, man könne die Wirtschaft in Europa und Deutschland dadurch lenken, daß man einseitig Sozialpolitik treibe. Ich glaube, das sind alles Gedanken von Männern, die öffentlich Wasser predigen und im Geheimen aber Wein trinken.

Wir müssen uns ganz klar machen: ist es möglich, notwendig und nützlich für uns, den Weg der kapitalistischen Produktionsweise weiter zu beschreiten, sind wir gekommen und entschlossen, auf den Boden dieser Produktionsweise auch weiterhin zu treten, aber wollen wir sozialistische Wege gehen? Und ich glaube, in dieser Frage kann, wenn man die Wirtschaft selbst betrachtet, für uns die Antwort nur lauten: die kapitalistische Produktion, so wie sie heute ist, ist für die Welt noch längst nicht erfüllt. Noch ist ihr Kern gesund. Noch ist sie entwicklungs-fähig, und noch stehen wir nicht am Ende der kapitalistischen Entwicklung, sondern noch stehen wir mitten in der Möglichkeit, sie den Entwicklungen der Zukunft anzupassen. Die jetzige Krise, in der wir uns befinden, ist viel weniger verursacht durch Mängel des kapitalistischen Systems als durch die falsche Politik des Verfallers Friedens und durch die politischen Einflüsse, die durch den Umsturz in Rußland auf dem Boden Europas entstanden sind. Wir wollen es, glaube ich, als Männer der Wirtschaft nicht leugnen, daß manche Führer der Wirtschaft ja allerdings eine Kapazität von Eigeninn und Unverständnis in politischen und wirtschaftlichen Dingen besitzen haben, würdig eines Stieres von Uri. (Heiterkeit.)

Aber wir dürfen auf der anderen Seite nicht vergessen, daß der Wirtschaft gegenüber in den letzten Jahren eine Auffassung zum Ausdruck gebracht worden ist, die es verständlich macht, daß man misstrauisch geworden ist in den Kreisen der Wirtschaft gegen die Politik, und ich begreife es deshalb genau wie Herr Wieland als ein Zeichen der beginnenden Gesundung unserer Verhältnisse in Deutschland und Europa, daß von einer Stelle, vom Reichsverband der Deutschen Industrie, durch Herrn Ziegenberg, die Worte gesprochen worden sind, die wir an diesem Abend einer neuen parteipolitischen Entwicklung in Deutschland beobachten.

Ich sagte also, die Gründe der Krise unserer europäischen Wirtschaft liegen auf den verschiedensten Gebieten. Wir sehen, wie der innere Zustand, der politische Zustand einzelner Staaten in Europa es ist, der sie verursacht. Wir sehen vor allem, daß die zerrütteten Währungen einzelner Länder Europas, Währungen, die zerrüttet sind aus politischen Gründen, und deren Folgen die Wirtschaft zu tragen hat, — mit die Hauptursache der Krise der Wirtschaft sind. Es ist doch ganz verständlich, daß, nachdem der normale Verlauf der Weltwirtschaft und der Weltmarkt durch den Weltkrieg und die Maßnahmen des Verfallers Friedens erschüttert worden ist, nachdem es internationale Vertrauen in die Währung einzelner Länder geschwunden ist, nachdem der Verkehr der Waren auf dem Weltmarkt durch Einfuhrverbote, durch politische Maßnahmen der Siegerländer durchbrochen worden ist, eine solche Gesamtsituation der normalen Funktionen des Geld- und Warenverkehrs nicht ohne Einfluß auf den Verlauf der Wirtschaft selbst bleiben konnte.

Wenn wir an die Zustände in den Vereinigten Staaten Nordamerikas denken, und wenn wir demgegenüber die politische Organisation Europas betrachten, können wir doch nur sagen, daß Europa im Vergleich zu den Vereinigten Staaten Nordamerikas ein Verband von Kleinstaaten ist, und diese Kleinstaaterei mit den ausgesprochenen Spezialinteressen der einzelnen Staaten auf wirtschaftlichem Gebiete, die politischen Maßnahmen an den Grenzen dieser kleinen Länder, das alles ist es, was in freier Welt auf europäischem Boden behindert. Wenn man sich nun demgegenüber fragt, ob es ihnen Seg gibt, die Verhältnisse zu ändern, so sind ja auch schon die verschiedensten Vorschläge aufgetaucht.

Vergleiche Nr. 41.

Man denkt an eine europäische Zollunion. Es wird von den Vereinigten Staaten Europas gesprochen. Und der, der in seinen Gedanken am weitesten geht, sieht ein Panuropa als einen Einheitsstaat vor seinen Augen.

Ich glaube, daß das zunächst Ideen sind, deren unmittelbare Bewirkung durch praktische Maßnahmen nicht möglich sein dürfte. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß diese Ideen einen richtigen Kern enthalten und daß der richtige Weg hinwiese. Ich bin der Meinung, daß die nationalen Sympathien und die nationalen Antipathien der Länder Europas gegeneinander zunächst nicht verschwinden werden. Es muß aber einen Weg geben, auf dem jeder seinen Vorteil findet, denn wir wollen die Menschen ja nicht besser machen, als sie sind. Es muß einen Weg geben, die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der europäischen Länder festzustellen und den Grundhaft zugrunde zu legen, daß es jedem am besten geht, wenn es allen gut geht.

Ich habe auf dem Internationalen Schiffahrtskongress in Basel den Gedanken ausgesprochen, daß die Wirtschaft der europäischen Länder in dieser Hinsicht eine große ist, und daß sie Segen stiften kann. Im Gegensatz zu den Juristen, Professoren und Soldaten, deren Aufgabe es ist, miteinander im Streite zu liegen (Heiterkeit), ist es die Aufgabe der Wirtschaft, durch Kooperation die gemeinsamen Interessen zur Durchführung zu bringen.

Meine Damen und Herren! Wenn man diesen Gedanken vor 5 oder 6 Jahren zum Ausdruck gebracht hat, ist man einer gewissen Verständnislosigkeit begegnet. Es war mir aber damals schon klar, daß die Schwierigkeit, die ehemals feindlichen Ländern zu einer Verständigung zu bringen, vor allem daran lag, daß es an der wirtschaftlichen Verständigung der Länder gefehlt hat. Es konnte eine Verständigung in Europa nach dem Kriege erst stattfinden, als es möglich geworden war, die Streitpunkte, die in der europäischen Wirtschaft vorhanden sind, festzustellen und den Weg zu finden, diese Streitpunkte auszugleichen. Und alle diese Dinge konnten ja gar nicht anders erreicht werden als dadurch, daß eben die Männer der Wirtschaft selbst sich an den gemeinsamen Tisch setzen und besprechen. Es war unentbehrlich, daß diese wirtschaftliche Verständigung, zu der die intimste Kenntnis wirtschaftlicher Vorgänge gehört, durch die politischen Kabinette aufgedrückt werden kann. Und erst als man den Weg gefunden hatte, die Männer der Wirtschaft an den gemeinsamen Tisch zu bringen, war es auch möglich, nach Festlegung der wirtschaftlichen Gegensätze den Weg zu finden, diese Gegensätze auszugleichen. Und so sehen wir hier ein Verfahren, das imstande ist, gewisse krisenhafte Zustände der Wirtschaft in Europa durch diese Abreden zu beseitigen.

Aber viel wichtiger scheint mir zu sein, daß die Länder mit fester Währung und mit gesunder Wirtschaft es jetzt als ihre Aufgabe betrachten, den Ländern mit wankender Währung bei der Stabilisierung behilflich zu sein. Wir werden den europäischen Warenaustausch nicht eher wieder in Gang bringen, als bis die Länder mit wankender Währung wieder eine stabile Währung besitzen. Wir werden keinen politischen und französischen Handelsvertrag mit wirtschaftlichen Vorteilen für uns abschließen können, solange in diesen Ländern nicht eine stabile Währung vorhanden ist (Sehr richtig!). Und so ist es eine falsche Freude, zu sagen, es geschieht den Franzosen ganz recht, daß ihre Franz schlecht wird (Sehr richtig!). Das ist eben ein Satz, ganz ähnlich dem Satze: das geschieht meinem Vater ganz recht, daß ich an die Hände friere, warum lauft er mit seine Handschuhe (Heiterkeit). Schluß folgt.

Humor des Auslandes.



Rahlenmann: „Nanu, es gingen doch sonst 44 Sad in den Keller, und heute nur 43!“
Dienstmädchen: „Am Gottes Willen, der Hausherr war ja ein Keller, als Sie kamen!“

Aus Parlamenten und Parteien

Das Landessekretariat der Demokratischen Partei Heßen-Darmstadt ist neu zu besetzen. Meldungen, insbesondere von Bewerbern, die mit den Verhältnissen in Süd- und Südbadensland vertraut sind, an das Parteibüro Darmstadt, Waldstr. 45.

Erwähnt!

Der demokratische Führer, Abgeordneter Ertelenz, erläßt im September-Heft „Der Demokrat“ einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

Wacht auf!

Es ist Zeit, höchste Zeit, daß das Organisationsleben der Partei wieder in die Bahnen normaler Rührigkeit einleitet. Oft ist der Eifer der kritischen Führer größer als die Untätigkeit der Mitglieder.

Finanzen.

Sind die Finanzen endlich geordnet, die Schulden bezahlt? Wo das noch nicht geschehen, sollte es baldigst nachgeholt werden. Organisationen, die im Herbst nach Schulden haben, sind selbst schuld, weil sie nicht genügend gearbeitet haben.

Reisereisen für den Kampf im Winter.

Wo die Schulden bezahlt sind, heißt es, einen kleinen Fonds anzufammeln für die Winterarbeit. Woher kommt dieser Fonds? Zunächst aus den rüstigen Mitgliederbeiträgen. Wir kennen Gruppen, in denen 6 Monate und länger keine Beiträge eingezogen sind. Dann gilt es, den Fonds zu speisen aus Sammlungen, Umlagen usw. bei Mitgliedern und Freunden. Wo man zugreift, ist es leicht möglich, einen Fonds von vier bis fünf Mark pro Mitglied anzufammeln.

Der Wahlkreis.

Auch der Wahlkreis braucht Geld. Sind die sachungsmäßigen Beiträge schon abgeführt? Andere Organisation weckt von unten nach oben und so muß sie auch finanziert werden.

Die Demokratische Reichstagsfraktion an Seevering.

Die Demokratische Reichstagsfraktion (Ertelenz, Nönnenburg) hat an den Staatsminister a. D. Seevering das nachstehende Telegramm gerichtet: „Die Demokratische Reichstagsfraktion bedauert lebhaft, daß Sie infolge Ihrer erschlitterten Gesundheit aus ihrem Amte scheiden mußten. Sie dankt Ihnen für Ihre Arbeit, die Sie dem Staat in schwerer Zeit geleistet haben und wünscht Ihnen baldige und völlige Wiederherstellung.“

Gleichzeitig hat die Demokratische Reichstagsfraktion dem neuen preussischen Minister des Innern, Grafenitz, zur Uebernahme seines Amtes ihre Glückwünsche ausgesprochen.

Beispiel im Personalreferat des Preussischen Innenministeriums.

Nach einer Mitteilung des „Demokratischen Zeitungsdienstes“ tritt in der Personalabteilung des Preussischen Innenministeriums infolge einer wichtigen Aenderung ein, als der bisherige Referent Obergiering zum Schmeißer zum Kommissarischen Landrat in Kirchberg ernannt worden ist. Schmeißer hatte bisher das wichtige Referat über Regierungsaffären und Regierungsforderungen inne. Es ist zu hoffen, daß der neue Minister des Innern an diese Stelle einen Mann setzen wird, der dafür Sorge trägt, daß auch befähigten Republikanern der Eins tritt in den Staatsdienst offen steht.

Sobem erschienen:

Friedrich Naumann - Kalender

für das Jahr 1927

Preis 85 Pfg.

Bestellungen nehmen entgegen:

Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei Berlin SW. 11, Bernburger Straße 18, sowie die Reichsgeschäftsstellen Magdeburg, Preisweg 138/140 und Halle, Leipziger Straße 21.

Demokratische Ehrung für Preuß.

Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei ließ als Anlaß der ersten Wiederkehr des Todestages von Hugo Preuß an seinem Grabe auf dem Urnenfriedhof in der Gerichtstraße einen Kranz mit einer Schleife in den Reichsfarben niederlegen.

Grundsteinlegung des Friedrich-Naumann-Hauses.

In Wenzelsbach, in der Nähe von Regensburg, fand die feierliche Grundsteinlegung des ersten Friedrich-Naumann-Hauses in Deutschland statt, das von der Deutschen Demokratischen Partei Regensburg als Erholungsheim errichtet wird. Stadtrat Karl Staudinger-Regensburg begrüßte die feierliche Festversammlung. Der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Oberpfalz und Niederbayern der Deutschen Demokratischen Partei, Jacob Zint, überbrachte die demokratischen Grüße des Wahlkreises. Otto Stünd-Nürnberg wies in seiner Rede darauf hin, wie schwer Naumann für sein nationalpolitisches Ideal gekämpft haben mußte. Jetzt nach seinem Tode würden mehr und mehr in der deutschen Volks seine Gedanken als richtig etc.

lannt. Das neue Haus soll ein echtes und rechtes Demokratenheim werden, eine Burg für Demokratie und Republik mitten in Bayern. Das Haus wird voraussichtlich schon in wenigen Monaten vollendet werden können.

Automatische Fernsprechanlage im Reichstag.

Im Reichstag ist die Fernzentrale dazu benutzt worden, einen neuen automatischen Fernsprechtarif einzurichten, der mit dem Wiederbeginn der Sitzungen fertiggestellt sein wird.

Reichsminister Dr. Kütz' Silberne Hochzeit.

Der Reichsminister des Innern Dr. Kütz beging am 15. Oktober das Fest der Silbernen Hochzeit.

Parteinachrichten

Bezirk Halle.

Gewerblicher Mittelstand und Magistrat in Halle.

Scharfer Protest gegen die Haltung des Magistrats. — Ersparungen mit dem Ordnungsbld.

Die Ortsgruppe Halle des Mitteldeutschen Handwerkerbundes hat einen Protestschrift herausgegeben, in der in sehr scharfer Form gegen die Haltung des Magistrats und gegen die bisherige städtische Wirtschaftspolitik Stellung genommen wird. Die Darlegungen richten sich neben den Beschwerden über die hohen Gewerbesteuerzuschläge und den Ausbau von städtischen Regiebetrieben in ganz augenfälliger Weise dagegen, daß der Magistrat jegliche Verhandlungen abgelehnt und so eine maßlose Erregung geschaffen habe, die, wenn nicht Abhilfe geschieht, nach Ansicht der Protestler zu starken Ersparungen führen müsse. Folgt man dem Inhalt der Schrift, so wird darüber gesagt, daß Sandwert und Gewerbe durch die Steuerzuschläge in ihrer Existenz bedroht und zu einer Preissteigerung gezwungen würden, die letzten Endes wieder die Konsumenten erheblich belastet und dadurch einen Mangel des Konsums herbeiführt. Ganz wesentlich geschädigt aber würde die Wirtschaftskraft des Mittelstandes durch städtische Konkurrenzbetriebe größten und folgenschwersten Umfanges. Eine derartige städtische Wirtschaftspolitik sei grundsätzlich, denn während man auf der einen Seite den gewerblichen Mittelstand als immer wesentliche Steuerquelle betrachte, bringe man diese auf der anderen Seite durch eine unerschöpfliche städtische Regiepolitik selbst zum Erliegen.

Diese Klagen des gewerblichen Mittelstandes sind wiederholt erhoben worden und wurden besonders dadurch verstärkt, daß der Magistrat in seinen letzten Steuerbescheiden das zwei, drei, ja vierfache der Vorauszahlungen forderte und trotz aller Einwendungen besonders derjenigen Stadtverordneten, die der Demokratischen Partei angehören, im Gremium des sogenannten Ordnungsbldes Regiepolitik selbst zum Erliegen.

Jungdemokraten Halle

Sonabend, den 23. Oktober, im „St. Nicolaus“

Herbstbergnügen

Kabarett — Ball

Eintritt 1.— Mk. Tanz frei.

Beginn 7 Uhr.

Sanzportkapelle Karl Naumann

Mitglieder und Freunde des Vereins der D. D. P. in Halle werden um zahlreiche Beteiligung gebeten.

aber zu dessen Fraktion zählen, mit nicht zu überwindender Fähigkeit an einem Gewerbeitragssteuerzuschlag von 550 Prozent teilhaftig. Es ist erinnerlich, daß der Mittelstand aus diesem Anlaß eine Protestversammlung abhielt und daß bei einzelnen Disquisitionsrednern das Temperament hierbei etwas durchging. Es wird auch weiter erinnerlich sein, daß die vom Magistrat abgegebene Erklärung, die Steuerpflichtigen hätten sich in weiser Voraussicht der Dinge die geforderten Nachzahlungsbeträge ja ersparen und reservieren können, die Erregung nicht eindämmte, sondern geradezu herausfordernd. Ganz unverstehlich aber wurde die Haltung des Magistrats, als er die eine persönliche Unterredung nachdringlichen Vertreter des gewerblichen Mittelstandes einfach vor der Tür stehen ließ und jede Verhandlung und Aussprache ablehnte. Nicht einmal zu einer schriftlichen Antwort an die Anfragenden ist er zu bewegen gewesen.

Kann man es dem gewerblichen Mittelstand verzeihen, wenn er dieser Magistratsauffassung von Bürgerrecht und Bürgerpflicht gegenüber die Geduld verliert? Es ist schon gelegentlich des Stadtbaukommissions vom demokratischen Stadtverordneten Minner und auch von anderer Seite diese Art von Magistrats-Autoerotie als unentbehrliche Uebelkrankheit und als mittelbare Ursache der bei der Stadtbau betriebenen Vorkommnisse bezeichnet worden. Seht hal es auch, das geht aus der Schrift des Mitteldeutschen Handwerkerbundes hervor, der bürgerliche Steuerzahler fällt. Und wie man die Dinge aufseht, das

Streiflichter aus dem Stadtparlament.
Vertagung des Kampfes um die Gewerbesteuer. — Neue Büroräume für die städtische Verwaltung.

Magdeburg, den 14. Oktober.

Schon in der letzten Stadtverordnetenversammlung hatte die demokratische Fraktion eine Interpellation darüber angehängt, in welcher Weise der Magistrat den Forderungen der Gewerbesteuer abgeben wolle, die einesteils die nachträgliche Veranlagung und die dadurch bedingten Nachzahlungen für das verlassene Jahr, andererseits aber auch durch den schlechten Geschäftsgang im laufenden Jahre hervorgerufen worden sind, die es den Steuerpflichtigen fast zur Unmöglichkeit macht, ihren Steuerpflichtigkeiten nachzukommen. Durch das jetzt vom Magistrat bekannt gegebene Ergebnis der Veranlagung für das Jahr 1926 hat die Öffentlichkeit davon Kenntnis erhalten, daß die Gewerbesteuer nicht weniger als anderthalb Millionen Mark mehr einbringt als der Finanzdebetement bei den Stadtratsberatungen veranschlagt hatte. Veranschlagt war der Ertrag auf 4 700 000 Mark. Nach dem Veranlagungsergebnis beträgt aber das voraussichtliche Aufkommen nicht weniger als 6 240 000 Mark, also ein rundes Drittel mehr als der Magistrat gefordert hatte. Schon bei den Beratungen hatte der Sprecher der Demokraten, Stadt. Büler, vom Magistrat eine Zusicherung verlangt, daß ein vorausschätzliches Mehraufkommen zu einer Entlastung der Voranschläge verwendet werden sollte. Eine bindende Zusage hatte nun zwar damals der Magistrat in dieser Hinsicht nicht gegeben, sondern nur sein Wohlwollen in Aussicht gestellt. Wie es mit diesem Wohlwollen bestellt ist, ist jetzt aus seiner Haltung gegenüber den Anträgen der Demokraten auf Niederlegung derjenigen Steuerbeträge der Gewerbesteuer, und zwar pro rata, die in der Gesamtheit das Aufkommen gegenüber dem Voranschlag übersteigert. Weiter forderten die Demokraten Niederlegung derjenigen Steuerbeträge, die als Schulzinsen, Mieten und Pachtzinsgebühren veranlagt worden sind, und zwar auf Antrag des veranlagten Steuerzahlers. Der Magistrat zeigte diesen Wünschen der Demokraten gegenüber die kalte Schulter. Auch die Rechtsparter hatten einen Antrag auf Ermäßigung der Gewerbesteuer eingebracht, der bei seiner wenig glücklichen Fassung von vornherein aber wenig Aussicht auf Annahme hatte.

ist aus folgendem Protest ersichtlich. Es heißt in der Schrift:

„Das Handwerk erblickt in der Auskunftsverweigerung des Magistrats eine gräßliche Mißachtung gegenüber den Kreisen, für deren Wohl er besorgt sein wollte.“

Außerdem stellt die Schrift dann noch fest, daß der Magistrat auf eine an ihn vom Handwerkerbund wegen einer Besprechung gerichtete Einladung nicht nur nicht erschienen, sondern nicht einmal eine Empfangsbefähigung oder Abgabe erteilt habe und daß man sich nunmehr mit dieser Protestschrift unter Uebergebung des Magistrats direkt an die Stadtverordneten wende.

Schärfere Gegensätze zwischen einer großen Schicht der Bürgerschaft und dem Magistrat lassen sich nicht denken. Wie konnte es aber soweit kommen? Man wird sich erinnern, daß bei den vorigen Stadtverordnetenwahlen sowohl vom Magistrat als auch von statten Schichten der Stadtverordneten die nicht den Sozialdemokraten und Kommunisten angehören, in einem sogenannten Ordnungsbld erwartet wurde. Widerspruchliche Ansichten wurden entweder nicht gehört oder gar als abschätzlich störend für ein erpriesliches Zusammenarbeiten von Magistrat und Stadtverordneten bezeichnet. Es kam also der sogenannte „Ordnungsbld“, in dem nach vieler Mühe die einzelnen Interessentenvertreter aufgestellt wurden. Angehört sollte er ein unüberwindliches Bollwerk oder wenigstens ein Gegenstand gegen die Linke bilden. Man vergaß dabei aber, daß zu einer für die Bürgerschaft ersprechlichen Stadtpolitik in Halle vor allen Dingen auch ein Gegengewicht gegen Gelüste nach einer Magistrats-herrschaft nötig ist und daß dieses Gegengewicht nur dann in Tätigkeit treten kann, wenn die Ansichten der von den einzelnen Parteien und Gruppen gewählten Abgeordneten frei hervortreten und bei den Abstimmungen wirksam werden können, ohne von den geschriebenen oder ungeschriebenen Vorschriften eines Ordnungsbldes eingeeignet zu werden. Von diesem aus lassen sich viel zu viel Verbindungen zum Magistrat und auch umgekehrt, als das sie eine wirklich freie Vertretung der Bürgerschaft zuließen. Machen sich dann autoerotisch veranlagte Charaktere diesen Umstand zu Nutze, dann bildet sich ein System, wie es in der Stadtverwaltung in Halle besteht, wiederholt gerügt wurde und schließlich Verhältnisse zeitigen muß, die unerträglich werden. Will man aus diesen lernen, dann wird man also in Zukunft gut tun, bei Stadtverordnetenwahlen nicht nur gewisse Gesichtsmomente sprechen zu lassen und von einer an sich wenig natürlichen Bindung alles Heil zu erwarten, sondern die Dinge nach ihrer praktischen Auswirkung anzusehen und danach zu handeln. Der Ordnungsbld — mit vollem Namen heißt er ja wohl sogar Verordnungsliste — hat die praktische Auswirkung einer auf inneren Verantwor tungsgesicht beruhenden Tätigkeit der Bürgerchaftsvertreter nicht gefördert. Er ist vielmehr in sehr vielen Fällen infolge seiner Vorkammergeit ein Hemmnis gewesen. Und die Tatsache, daß gerade in der Zeit seines Bestehens die Bürgerschaft sich so gut wie einmütig gegen ein Herrenrecht innerhalb des Magistrats wehren muß, spricht gewiß nicht zu seinen Gunsten. Seht er künftig wieder einmal zur Debatte, dann lasse man also diese Erfahrungen mit ihm auf sich wirken.

Im Haushaltsausschuß hatte es außerordentlich heftige Kämpfe gegeben, da die Sozialdemokraten keiner Genehmigung zeigten, der Not des Gemeinbes Rechnung zu tragen. Auch am Donnerstag gelangte der Haushaltsausschuß zu keiner Einigung. Fast vier Stunden dauerten seine Beratungen, dann wurde auf Wunsch der Sozialdemokraten die Beratung der Anträge auf Ermäßigung der Gewerbesteuer bis zur nächsten Sitzung am kommenden Donnerstag vertagt, da sich die sozialdemokratische Fraktion nach der Erklärung ihres Sprechers erst über die Auswirkungen der beantragten Ermäßigungen Klarheit verschaffen will.

Während der Magistrat eine Ermäßigung der Gewerbesteuer mit der Begründung ablehnt, daß er die Mehraufkommen zur Deckung der inzwischen eingetretene Etatsüberschreitungen braucht, ließ er zur gleichen Zeit der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage ausgeben, in der er einen Betrag von 25 000 M für Büroverlegung forderte. Die Demokraten stellten sich auf den nur aus berechtigten Standpunkt, daß heute jede nur einigermaßen entbehrliche Ausgabe vermieden werden müsse, und sahen daher den Antrag ab. Die Rechtsparter standen auf dem gleichen Standpunkt. Sozialdemokraten und Kommunisten haben aber dem Magistratsantrag zuzustimmen.

Von besonderer Bedeutung ist noch die Gewährung eines Zuschusses von 100 000 Mark als einmalige Beihilfe zu den Kosten des Umbaus des Wilhelmshofes der Wilhelmshofgenossenschaft und die Erhöhung des laufenden Zuschusses von 10 000 Mark auf 25 000 Mark zu erwähnen. Die demokratische Fraktion hatte schon in verflochtenen Jahre die Einlegung einer ersten Bauroa von 150 000 Mark in den Etat für den Bau eines neuen Hallenbades beantragt. Die schwierige Finanzlage der Stadt hatte die Erfüllung dieses Wunsches unmöglich gemacht. Die Entwidelung der Zustände hat aber gelehrt, daß der Bau eines neuen Hallenbades sich nicht mehr länger hinausziehen läßt, wenn die Gesundheitspflege und ferer Bevölkerung nicht dauernden Schaden erleiden so

Der Baby-Bibi-Bibi und die Mode.

Von G. Jacob-Margella-Berlin.

Wenn du willst gekleidet sein, wie es sich gehört, wähle nie den Hut zu klein! Glaube mir, es ist, wenn auf einem großen Kopf sich ein Baby-Hut, ein Schopf der Frauen Bibi-Schopf den bedeckt man gut. Überall sonst auf der Welt deckt ein Hut das Haar, der nicht gleich dem Kopfe fällt, bläst der Wind. Fürwahr es ist gut für jedermann, daß der Hut auch paßt, weil du sonst dann und wann auch mal Kopfwich hast. Nicht zu klein und nicht zu groß soll der „Deckel“ sein. Nur dann sitzt er tadellos, ist modern und fein. Mit dem „Bibi“ auf dem Haupt tanzt doch nur der Clown. Und der irrt sich, der da glaubt, anders auszuftaun, wenn auf seinem dichten Schopf ein Baby-Bibi schwannt. Drum lerne, daß auf deinem Kopf der richtige „Hauptling“ raagt.

Stärkt die Demokratie!

Wer dem Vaterlande nützen will, für Einigkeit, Recht und Freiheit eintritt, der reißt zur gemeinsamen Arbeit allen Gleichgesinnten die Hand.

Zur Aufnahme meldet sich:

Name: _____
 Vorname: _____
 Beruf: _____
 Wohnort: _____
 Straße: _____ Nr. _____
 Bemerkungen: _____

Ausgefüllt einzufenden an die
Deutsche Demokratische Partei
 für den Bezirk Halle,
 Halle, Leipziger Straße 21,
 für den Bezirk Magdeburg-Anhalt,
 Magdeburg, Breiter Weg Nr. 139/140

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend. — Preis: 50 Cent pro Stück. — Bestellungen nehmen alle politischen Vereine, Verleger und Buchhändler entgegen. — Druck: über Grottel und Straube, Leipzig, Gutenbergstraße 21, entgeltlich.

Einzelnenpreis: Für die schneefreie Winterzeit 10 Mark. — Anzeigen im Abonnement 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser“, Halle (Saale), Gutenbergstraße 21. — Geschäftsleitung: Halle (Saale), Gutenbergstraße 21. — Verlagsredaktion: Halle (Saale), Gutenbergstraße 21. — Druck: über Grottel und Straube, Leipzig, Gutenbergstraße 21.

Nummer 42

(Halle S.), 16. Oktober 1926

2. Jahrgang

Wirtschaftsverflechtung.

Zickzackkurs und klare Linien — Das Gleichgewicht — Rußland und die Entente — Der alte Poincaré — Artikel 10 — Der Eisenpakt — Die Aussprache in Rom — Zollpolitik und Schuldenregulierung — Der Kampf um die Macht in Moskau — Die Haltung des Weissen Hofes — Um die Eisenbahns — Großzügige Lösung — Die Zwischenfälle im besetzten Gebiet — Generalrevision der Rheinland-Ordnungen — Große Koalitionen in Preußen? — Moralische Eroberungen der Republik — Die preußischen Richter — Der Rücktritt Seckts.

Die Politik eines zerbrochenen Staatswesens wird von anderen Gesetzen bestimmt, als die einer aufstrebenden Macht. An und für sich ist eine klare Linie vorzuziehen als jener Zickzackkurs, der das Kennzeichen der wüßlerischen und Willkürlichen Herrschaft ist. Der Verzicht, Gegner auseinander zu halten, ohne sich allzu eng an den einen oder anderen zu binden, ist selten gelüftet. Die Katastrophe von 1918 ist nicht zuletzt die Folge jener Taktik, die zwischen Rußland und England nicht wählen wollte und schließlich sich eines Tages beiden gegenüber sah, obwohl das in der Berliner Weisheit vom Minister bis zum letzten Legationsrat beinahe für ausgeprochen erklärt worden war. Auch Bismarck ist auf die Dauer solchen Klärungen nicht ausgewichen. Er hat das Bündnis mit Österreich geschlossen, das dann durch Italien zum Dreieck ergänzt wurde, allerdings, begleitet von dem Rückversicherungsvertrage mit Rußland. Man überschätzte ihn heute, weil der große Kanzler im Casus belli die Kündigung für einen Nachschuß erklärt hat. Nur hatte Caprioli vielleicht doch recht, als er sich selbst für nicht befähigt genug hielt, um „Das Spiel mit den fünf Kugeln“ fortzusetzen.

Ganz anders ist die Lage, wenn man waffenlos ist, und nur das eine Interesse hegen darf, seinen Wiederaufbau angefangen vorzunehmen. Heute wäre eine Entscheidung geradezu verhängnisvoll, denn es würde uns vorzüglich sehr bald zum Schlachtfeld machen, oder in ein Kollisionsverhältnis zu irgendeiner, bis in die Jahre gereichten Großmacht bringen. Deutschland kann nicht optieren. Das war schon der Grundgedanke, als man die Loslösungspolitik durch den Handels- und Freundschaftsvertrag mit Rußland ergänzte. Es gilt genau so von unserer Verflechtung mit Frankreich, die noch im Werden begriffen und nicht gegen Frankreich gerichtet ist. Schon das alleine würde verhängnisvoll, wenn es nicht auf eine Karte zu wagen. Wir haben gelegentliche Versicherungen Poincarés, so erst in den letzten Tagen in Straßburg, die bezeichnend stimmen müssen. Also traglich werden wir sie nicht nehmen, denn bisher hat sich gezeigt, daß die Entwicklung stärker ist als wir und daß er sie am meisten dann förderte, wenn er sie, wie beim Ruhrstreik, endgültig zu zerlegen wählte. Auch seine Versicherung, Frankreich werde vor den in Friedensverträge festgelegten Terminen die Räumung der beiden Rheinlandzonen nicht vornehmen, kann, wenn sie wirklich so gefallen ist, wie Journal fe wiederholt, lediglich die deutsche Bereitwilligkeit zu Entgegenkommen vermindern, aber nicht die Räumung auf die Dauer aufhalten, da sie uns im Artikel 10 der Weiserbundsakte ausdrücklich zugesichert ist. Es kann sich nur darum handeln, ob man in Paris mit einer großen Geste den Verbleibungswillen untertreibt, oder es auf einen diplomatischen Kampf vor dem Forum des Völkerbundes ankommen läßt.

Die Entwicklung selbst wird dadurch nicht abgehoben. Die Politik ist meist die Führerin, muß aber doch von Zeit zu Zeit der Wirtschaft die Führung abtreten. Namentlich in Zeiten der Krisen auf finanziellen und kommerziellen Gebiet. Wenn die deutschen und französischen Schwerindustriellen mit den belgischen und luxemburgischen den Eisenpakt schließen, so bedeutet das auch eine starke Unterbrechung jener Vereinbarungen, die in Leipzig getroffen worden sind. Der Generaldirektor Böger hat ganz recht, wenn er erklärt, die Voraussetzung zum Abschluß des Paktes sei gewesen, daß er politische Folgen habe. Wie weit die Industrie in Frankreich ihren Willen auch politisch zur Geltung bringen kann, läßt sich nicht abschätzen, aber zweifellos wird sie eine starke richterliche für den Abschluß der deutsch-französischen politischen Verhandlungen. Eine Gefahr bestand allerdings: Die einer internationalen Wirtschaftspolitik mit beidseitiger Folgen England. Was wir oben von der Politik gesagt haben, gilt auch von wirtschaftlichen Verhandlungen. Aufschluß ist gebunden, auch hierin zu launieren. Nach wirtschaftlich kann es zu einem Schlachtfeld werden. Deshalb war es von ausschlaggebender Bedeutung, daß gewisse Anregungen, die Dr. Stresemann nach Mittelungen an Döhrer schon in Locarno Chamberlain gegenüber gegeben hatte, in der Zwischenzeit weiter verfolgt wurden. Gerade weil London den Beitritt zum Eisenpakt ablehnte, wurde der Versuch gemacht werden, irgendeine industrielle Idee über den Kanal hinwegzuspinnen. Die Zusammenkunft in Rom hat scheinbar mit keinem Ergebnis ge-

endet, wenn man nicht die Tatsache dieser Zusammenkunft schon als ein Ergebnis bezeichnen will.

Ueber die Einzelheiten sind wir nicht unterrichtet, wir können nur aus den Andeutungen einiger Blätter, namentlich des Journal Industrielle gewisse Schlussfolgerungen ziehen. Danach handelt es sich nicht nur um eine absichtliche Vereinbarung auf rein industriellem Gebiet, wie Stahl, Eisen, Kohle, Textilien, Chemikalien, sondern auch um die allgemeine Zollpolitik und die großen Finanzfragen, die mit der Schuldentilgung und dem Darlehen zusammenhängen. Wenn das richtig ist und wir haben keine Ursache daran zu zweifeln, so erstrebt man einen Pakt, wenn auch vielleicht nicht formal, der eine europäische Interessengemeinschaft bedeuten würde. Namentlich zwei Völkern gegenüber, Rußland und den Vereinigten Staaten. Auch die russischen Beziehungen haben in Rom eine Rolle gespielt, doch scheint uns diese Frage noch nicht aktuell zu sein. Solange das Handelsmonopol besteht, ist eine wirkliche Ausnutzung der russischen Bodenschätze nicht möglich. Wahrscheinlich befindet sich das Monopol bereits im Zustand der Verfallung, und es kann entschieden werden, wie auf der großen Parteitagung der russischen Bolschewiken der Kampf zwischen Stalin und der Opposition verschiedenartig Richtung, sowohl nach rechts, wie nach links, endet. Vorläufig scheidet Rußland für den europäischen Handel im wesentlichen aus.

Anders liegen die Dinge mit Amerika. Das Weissen Haus ist klar und folgerichtig der alten Welt nicht immer ganz unparteiisch günstig. Keiner Schuldner, ohne ihm politisch zu stellen. Amerika will einen engeren Zusammenhalt erzwingen, um einmal in der Frage vorwärts zu kommen, sobald ein zahlungsunfähiger Käufer und Schuldner Genossenschaft zu bekommen. Es liegt eine Linie der bisherigen Politik des Präsidenten, wenn eine Aufhebung der deutschen Eisenbahn wird, solange das Schuldenbrot reich nicht ratifiziert worden ist. Wenn die russische Art vor sich gegangen sein wird, die Haus die deutsche Anleihe zuzulassen, ohne welche Regierungsgarantie zu übernehmen das würde voraussetzungslos genügen. Weshalb den jetzt die Erörterungen, die eine Lösung des Problems bezwecken. Es ist nicht leicht, sich sprechenden Versicherungen amerikanischer Bankiers ein Bild zu machen. Benutzt selbst noch nicht einig. Man hat auch drüber und Volksstimmen zu rechnen und ist zwei Monate vor einer Volksentscheidung heisses Eisen anzufassen. Die Hoffnungen

Thoiry wären die Zwischenfälle im besetzten Gebiet nicht so verhängnisvoll von beiden Seiten behandelt worden, sondern hätten zu schweren Verleumdungen und neuen Zwischenfällen geführt. Auch daß der Plan einer Generalrevision der Rheinland-Ordnungen von der internationalen Rheinlandkommission der Reichsregierung zur Prüfung zugeleitet wurde, ist ein Fortschritt, der nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Schon deshalb muß die Politik weiter verfolgt werden. Endlich ein Abweichen von dieser Linie könnte verhängnisvoll werden, weil es uns als verhandlungsunfähig und schwach erscheinen ließe. Deshalb können nur Parteien für eine Regierungsbildung in Frage, die auf dem Boden von Locarno und Genf stehen.

Im Augenblick ist diese Frage im Reich nicht akut, wohl aber in Preußen. Vorverhandlungen, oder besser gesagt, Vorüber, haben in den letzten Tagen eine gewisse Geneigtheit beim Zentrum und den Demokraten gezeigt, die Volkspartei wieder in die Koalition aufzunehmen, nachdem von dieser Seite ein entsprechender Wunsch geäußert worden ist. Die Sozialdemokratie sperrt sich allerdings, aber wohl weniger aus Grund als aus Taktik. Sie möchte einmal in Preußen erst die Entente in die Szene bringen, d. h. die notwendig gewordenen Personalveränderungen ohne volksparteiliche Einflüsse in ihrem Sinne regeln, und sodann auch im Reich die große Koalition durchziehen. Gegen die zweite Forderung wird man einseitige Bedenken nicht erheben können, sobald die Mitverantwortung bereit ist. Die grundsätzliche Grundlage wurde ja durch die Entscheidung zur Mitarbeit notwendig. Wir haben das schon festgestellt, und zwar weniger die selbst, als vom Zentrum, das sich begründeten Anspruchs nicht mindern können. Wir denken daran, untergeordnete Stellen, sondern an

am heute ihren Anhänger gegen den Beitritt zur Republik unterzeichnen. Sie sie dabei im Umde gehalt hat. Ein Teil ihrer Angehörigen ist nicht schicklich, sondern auch wirtschaftlich, das es sich in großen und ganzen handelt, wie bei der Deutschmarke hat die Republik große moralische. Bei der Reichsmarkung zweier Millionen einige man sich auf eine Verfassungstreue besinne, und selbst Mitglieder haben scheinbar zugeguckt aber war es, daß auch der preußischer Kaiserler Tagung sich endigen Boden der gegebenen Aufgaben eine Versicherung über den Nachbarn fand, stellen sie doch eine Verantwortung dar, die ja zu dem Disziplinär verhalten geführt haben.

An die Forderung der Republik zu erkennen, braucht man nur an den Rücktritt des Generalobersten von Seckt zu erinnern. Sein Ausschcheiden ist dauerhaft, weil es sich um eine Persönlichkeitsfrage handelt, deren große militärischen Fähigkeiten allgemein anerkannt wurden und der damals sein Kampfrang ganz zweifellos ein Hauptverdienst an der ruhen Entscheidung des Abenteurers hatte. Trotzdem war seine Demission unabweislich, da er den Wüßler-Vorgang mit seinem Namen gedeckt hatte. Vor drei Jahren hätte sich noch ein Sturm erhoben, wenn man aus diesem Alltags Seckt entfernt hätte. Heute gab es nur einen Vorschlag von ganz geringem Ausmaß, beinahe nur ein Pflaster. Auch die Entscheidung der Fürstentum in Preußen ist ein Beweis fortgeschrittener Entwicklung. Daß nicht mehr herabzuholen war, ist die Schuld der Sozialdemokraten, die die Frage beim Volksentscheid falsch gestellt hatten. Wären sie bei ihrem ursprünglichen Antrag geblieben, statt den Kommunisten nachzuliegen, die ihnen dafür mit Prügel im Landtag dankten, so wäre ein glatter Sieg erfolgt worden, der dem deutschen Volke viele Millionen erspart hätte. Im ganzen aber läuft die Entwicklung gradlinig fort, und wir haben keinen Anlaß, die Deutschnationalen zu beneiden, die sich immer von neuem in Sachgassen verrennen.

Richard May.

Werbung neuer Mitglieder
und
Verbreitung unserer Wochenchrift
ist die beste
und nachhaltigste Unterstützung
der Partei.
Anmeldungen nehmen entgegen:
Deutsche Demokratische Partei Magdeburg
Breitweg 139/140
Deutsche Demokratische Partei Halle
Leipziger Straße 21.

dahin, daß ein allgemeiner Schuldenerlös, oder wenigstens Nachlaß, eintritt, der dann in gleichem Maße Frankreich, Belgien, Italien oder England, auch Deutschland zugute kommen würde.
Die äußere Politik des Reiches ist klar vorgezeichnet. Mit raschen Erfolgen ist nicht zu rechnen. Das muß immer betont werden, weil sonst Enttäuschungen unvermeidlich sind. Ein Abschluß der Verhandlungen, die sich an Thoiry angeschlossen haben, kann noch Monate auf sich warten lassen. Trotzdem wäre es völlig verfehlt, diese Politik, übrigens die einzige, die wir überhaupt treiben können, als unfruchtbar zu bezeichnen. Das war sie selbst dann nicht, wenn sie zum Schluß scheitern sollte. Wor

